

AKADEMIE - REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Buchensee 1 ■ 82327 Tutzing ■ Telefon 08158/256-0 ■ Fax 08158/256-14+51
Internet: <http://www.apb-tutzing.de> ■ E-mail: info@apb-tutzing.de



1 / 2013

Klare Kante gegen Gewalt in den Stadien

Fußball fasziniert. Er schlägt die Massen in seinen Bann. Doch manchmal schlägt ein Teil der Massen zurück. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann forderte eine „klare Haltung und Ansage von den Vereinen“ gegen Gewalt in den Stadien. Die Tagung traf auf ein sehr großes Medienecho: hier Innenminister Joachim Herrmann (rechts) beim Interview mit dem Fernsehsender SAT1.

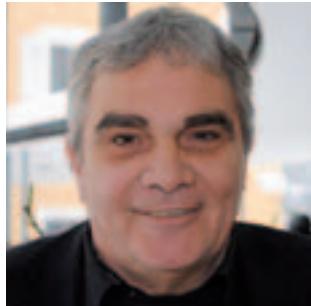
Siehe Seite 3



Geheimnis und Transparenz in der Mediendemokratie

B- und C-Prominente stellen sich selbst ins Blitzlichtgewitter und beklagen anschließend die Verletzung ihrer Privatsphäre. Politiker und Manager im Blickpunkt der Öffentlichkeit müssen sich die Durchleuchtung ihrer privaten Geschäftsbeziehungen gefallen lassen. Und Geheimdienste werden gelegentlich mit unsauberen Methoden konfrontiert, die sie bei ihrer Arbeit im Geheimen anwenden. Wo endet Privatheit, wo beginnt Öffentlichkeit? Kann und darf es Öffentlichkeit um jeden Preis geben? Gibt es noch eine Verständigung darüber, was privat bleiben muss und auf keinen Fall öffentlich werden darf? Fragen des diesjährigen Tutzinger Medien-Dialogs.

Siehe Seite 5



Sie durchleuchteten aus ganz unterschiedlichen Perspektiven das Tagungsthema: Franz Schindler (links) ist derzeit Vorsitzender des NSU-Untersuchungsausschusses im Bayerischen Landtag; Kuno Haberbusch war lange Chef des Politik-Magazins Panorama

Europa praktisch gestalten

Spielerisch erleben junge Menschen in der Akademie, wie die Gestaltung europäischer Politik in der Praxis funktioniert. Das von unserem Mitarbeiter Robert Lohmann entwickelte Planspiel „EuropaPolitik erleben!“ macht dies anhand der „Akku-Richtlinie“ möglich. Was darf in Akkus enthalten sein und wie sollen diese entsorgt werden? Für Gruppen mit bis zu 60 Teilnehmenden rückt diese zunächst recht trockene Fragestellung drei Tage lang in den Mittelpunkt ihres Interesses – an ihr lässt sich die komplexe Entscheidungsfindung in der Europäischen Union besonders gut veranschaulichen.

Siehe Seite 24

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
Klare Kante gegen Gewalt in Fußballstadien	3	Akademiedirektorin: Prof. Dr. Ursula Münch
Geheimnis und Transparenz in der Mediendemokratie	5	Vorsitzender des Kuratoriums: Prof. Dr. Dr. h.c. (mult.) Hans Maier
APB jetzt Mitglied im AdB	7	Vorsitzender des Beirats: K. Heinz Eisfeld
Wolf Euba gestorben	7	Kollegium:
Brandmauern gegen Shitstorms	8	Dr. Saskia Hieber , Dozentin (beurlaubt) Internationale Politik
Zwischen Akzeptanz und Widerstand	10	Dr. Ondrej Kalina Gesellschaftlicher und politischer Wandel
Seniorenpolitik ist für alle da	14	Dr. Gero Kellermann , Dozent Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik
Kaum vorbereitet auf die neuen Aufgaben	16	Dr. Michael Mayer Zeitgeschichte
„Natur und Gesellschaft werden ausgeblendet“	17	Dr. Anja Opitz (kommissarisch) Internationale Politik
Nachhaltigkeit als Aufgabe für die Bildung	19	Dr. Wolfgang Quaisser , Dozent Wirtschafts- und Sozialpolitik
Die Zukunft Europas	21	Dr. Michael Schröder , Dozent Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit
Europapolitik praktisch erleben	24	Juliane Schwab (Wissenschaftl. Mitarbeiterin) (BMBF-Projekt „Gute Wissenschaft“)
Ungewisse Wege	26	Dr. Manfred Schwarzmeier Organisationsreferent Parlamentarismus- und Parteienforschung
Beginn eines schwierigen Dialogs	28	Jörg Siegmund M.A. Pers. Referent der Direktorin Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation
Großes Interesse an westlicher Philosophie und Politischer Bildung	29	Dr. Michael Spieker Ethische und theoretische Grundlagen der Politik
Deutschland auf der Weltbühne	31	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Sebastian Haas
Vor 50 Jahren: Konferenz in Tutzing zur Raumordnung für den Großraum München	33	
Rezensionen – Neuerscheinungen – Publikationen	34	Akademie-Report Herausgeber:
Pressespiegel	40	Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: http://www.apb-tutzing.de E-Mail: K.Sittkus@apb-tutzing.de
Themen – Tagungen – Termine	44	Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.)
Namen und Nachrichten	48	Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung) Mitarbeit / Layout: Karin Sittkus
		Druck: Satz & Druck Peter Molnar Greinwaldstr. 11 82327 Tutzing
		Logo: KR-Team Karin Rappenglück, Pöcking
		Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben
		ISSN 1864-5488

Klare Kante gegen Gewalt in Fußballstadien

Bayerns Innenminister Herrmann fordert eine deutliche Linie der Vereine

Fußball fasziniert. Er schlägt die Massen in seinen Bann. Doch manchmal schlägt ein Teil der Massen zurück. Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann forderte eine „klare Haltung und Ansage von den Vereinen.“

Keine Sportart steht so wie der Fußball im Blickpunkt der Gesellschaft. Nun machen immer wieder Ausbrüche von Gewalt im Umfeld von Fußballspielen Schlagzeilen. Es fliegen die Fäuste, illegale Pyrotechnik wird gezündet, Spieler beleidigt oder verletzt. Es kann sich dabei um Ausschreitungen im und vor dem Stadion handeln, aber auch, etwa bei der Anreise zu einem Fußballspiel, auf weit entfernten Bahnhöfen und Autobahnraststätten. Beteiligt sind ganz verschiedene Gesellschaftsschichten, ganz verschiedene Motivationen äußern sich in Aggression. Betroffen sind Passanten, die friedlichen Fußballfans, die Vereine und natürlich die Polizeibeamtinnen und -beamte, die gewaltbereiten Fangruppen gegenüberstehen. Diese Vorgänge im Umfeld zu kontrollieren, erweist sich als hochkomplexe Materie. In Tutzing trafen sich Vereinsvertreter, Fanprojektleiter, Journalisten, Vertreter von Politik und Verbänden mit Polizistinnen und Polizisten zum Dialog.

Sicheres Stadionerlebnis

Der ehemalige Weltklassetorwart Raimond Aumann ist seit 1996 Leiter der Abteilung Fan- und Fanclubbetreuung des FC Bayern München. Seine Aufgabe besteht unter anderem darin, „das Ohr an der Basis“ der Fans zu haben – was bei 3200 registrierten Fanclubs keine leichte Aufgabe ist. Als Vermittler an der Schnittstelle von Fans, Polizei und Ordnungsdiensten sieht er den Ablauf eines Spieltags in der Bundesliga und der Champions League auch unter dem Sicherheitsaspekt. „Es geht darum, dafür zu sorgen, dass 71000 Zuschauer sicher in das Stadion hineinkommen und sicher

wieder heraus“. Der FC Bayern München und die Münchener Polizei würden alles dafür tun. Aumann plädierte, auch mit Blick auf das (damals noch nicht verabschiedete) Papier der Deutschen Fußballliga „Sicheres Stadionerlebnis“ dafür, ein gemeinsames Regelwerk zu schaffen, das eine Handhabe für entsprechende Maßnahmen liefert.

Auch für die Ordnungsverwaltung sind Bundesligaspiele eine Herausforderung. Robert Pollack, der stellvertretende Leiter des Ordnungsamtes der Stadt Nürnberg, hat „die Erkenntnis gewonnen, dass sich die Situation verschlimmert hat.“

Geben und Nehmen

Man solle aber nicht gleich die volle Härte des Gesetzes anwenden, auch aus Gründen der Verhältnismäßigkeit. Um den verschiedenen Vorfällen Herr zu werden, müsse man vielmehr „auf ein Geben und Nehmen setzen, wie



Auch die gibt es noch: Friedliche Fans bei einem Spiel des Deutschen Meisters Borussia Dortmund
Foto: Wikimedia commons

Der Verwaltungschef von Hannover 96 Björn Bremer sieht keinen allgemeinen, jedoch einen punktuellen Anstieg von Gewalt bei Fans. Dazu trügen insbesondere Teile der Ultra-Gruppierungen bei. Bremer nannte als Ankerpunkte von Eskalationen die Pyrotechnik, die Beleidigungen von Spielern und die Wahrnehmung der Polizei als Feindbild. Diese Frage müsse man im Kontext der Liga diskutieren, noch besser strukturieren und dabei einheitlich auftreten.

bei der Erziehung daheim“. Wenn dies nichts bringt, müsse man aber auch mal die Schrauben anziehen.

Gute Erfahrung habe man in Nürnberg mit Betretungsverboten gemacht. So war es 15 einschlägig bekannten gewalttätigen Personen verwehrt, sich eine Stunde vor und nach dem Spiel dem Stadion weniger als einen Kilometer zu nähern. Dadurch habe sich die Anzahl der Vorfälle vermindert.

„Wir sind entsetzt über die Entwicklungen der jüngsten Zeit“, „Vereinsfans werden rüder“, „Irgendwie macht die Polizei das alles viel schlimmer“, „Kontaktbeamter fordert: „Stadion-verbote für Randalierer“.

Diese Überschriften könnten aus der jüngsten Zeit stammen – sie sind jedoch bereits in der Zeit zwischen Mitte der 1960er und Ende der 1980er Jahre erschienen. Darauf wies der stellvertretende Chefredakteur des kicker-Sportmagazins Jörg Jakob hin. „Das ist alles nichts Neues. Wenn man aber über Dinge redet, die nicht neu sind, dann kann man auch von Erfahrungen zehren.“ Aus diesem Grund appellierte Jakob, die aktuellen Sicherheitsfragen weniger hysterisch zu diskutieren als dies oftmals geschieht.

Mehrheit für klare Linie

„Die große Mehrheit der Fußballfans ist völlig unproblematisch“, sagte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann. Man müsse sich, wie in anderen Bereichen auch, mit einer Minderheit befassen, die Grenzen überschreitet. „Ich erwarte von jedem Verein in Deutschland, dass er sich von solchen Leuten klar distanziert, sie brandmarkt und sagt: Ihr habt in unserem Stadion nichts verloren“, so Herrmann. Der Staat sei mit der Polizei präsent, aber die Vereine dürften das Phänomen der Gewalt im Fußball nicht der Polizei überlassen – „nicht nur mit genügend Ordern, sondern auch mit einer klaren Ansage“.

Herrmann betonte, dass man alles tun müsse, um eine Eskalation zu vermeiden und zwar nicht erst dann, wenn etwas Schlimmeres passiert sei. „Ich bin der festen Überzeugung, dass die überwältigende Mehrheit der Fans im Stadion eine klare Linie für richtig hält“, sagte der Innenminister.

Die Einsatzzahlen für Fußballspiele befinden sich auf Rekordniveau, betonte der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft Rainer Wendt. „Jeder dritte Bereitschaftspolizist macht nichts anderes als Fußball-

einsätze. Die Kolleginnen und Kollegen werden jedoch an anderen Stellen gebraucht“, sagte er. Wendt hob seine Bewunderung für die Polizisten hervor, „mit welchem Langmut, wel-



Die Tagung traf auf ein sehr großes Medienecho: Rainer Wendt beim Interview mit dem Bayerischen Rundfunk
Fotos: Haas

cher Nervenstärke sie in die Stadien und in die Auseinandersetzungen hineingehen und dort verhältnismäßig und rechtmäßig eingreifen.“



Joachim Herrmann: „Vereine dürfen das Phänomen der Gewalt im Fußball nicht der Polizei überlassen“

„Strategen der Erlebnisgesellschaft“

„Was sind eigentlich Fans“? lautete die Ausgangsfrage von Jochen Roose von der Freien Universität Berlin. Jeder habe da etwas vor Augen. Aber was genau macht Fans aus? Kern des Fanseins sei eine emotionale Beziehung zu einem externen Fanobjekt.

„Ich bin normalerweise nicht Fan von der Mannschaft, in der ich selbst spiele“, so Roose. Zwar käme das Wort „Fan“ von „fanatic, jedoch könne man bei Fans nicht von Fanatismus sprechen. Vielmehr seien sie „Strategen der Erlebnisgesellschaft“.

Beim Fußball treffen sich Fans im Stadion in einem Raum mit bestimmten ungeschriebenen Regeln. „Das Fußballstadion ist einer der wenigen Räume, in denen wir Emotionalität ausleben dürfen, vielleicht sogar wollen“, sagte er. Das Bemerkenswerte bei den Fans im Stadion sei, dass wir dort „ein Phänomen von Zusammenhalt finden, welches durch Menschen konstruiert wird, die sich überhaupt nicht kennen.“

Dennis Galanti ist Leiter des Fanprojekts Augsburg und Sprecher des Südbverbands der Fanprojekte. Galt es früher, vor allem Hooligans, Prügeleien und rechtsextremen Fangesängen entgegenzuwirken, so zeigen sich heute neue Probleme.

Ultras als attraktive Jugendsubkultur

Zielgruppe der heutigen Fanprojekte seien nunmehr insbesondere die „Ultras“. Zwar gäbe es teilweise unter ihnen auch Gewaltaspekte, die Aktivitäten hätten sich jedoch verlagert. Dazu gehörten ein bestimmter Kleidungsstil, vielleicht auch Pyrotechnik, in jedem Fall handele es sich um etwas Neues gegenüber „dem alten Fand“ Ultras seien die ganze Woche Fan, nicht nur am Spieltag. „In manchen Städten sind die Ultras die attraktivste Jugendsubkultur“, so Galanti. Ultras seien auch eine Form der Protestkultur und daher bis zu einem gewissen Grad politisch. Für Fanprojektleiter sei das eine positive Sache: „Es sind Jugendliche, die Engagement zeigen“. Unter den Ultras fänden sich hochkompetente Leute, die Veranstaltungen organisieren und für kreative Inszenierungen im Stadion sorgen. ■

Gero Kellermann
(Siehe Presseschau Seite 40)

Geheimnis und Transparenz in der Mediendemokratie

B- und C-Prominente stellen sich selbst ins Blitzlichtgewitter und beklagen anschließend die Verletzung ihrer Privatsphäre. Politiker und Manager im Blickpunkt der Öffentlichkeit müssen sich die Durchleuchtung ihrer privaten Geschäftsbeziehungen gefallen lassen. Und Geheimdienste werden gelegentlich mit unsauberen Methoden konfrontiert, die sie bei ihrer Arbeit im Geheimen anwenden. Wo endet Privatheit, wo beginnt Öffentlichkeit? Kann und darf es Öffentlichkeit um jeden Preis geben? Das waren nur zwei der Fragen, die der diesjährige Tutzinger Medien-Dialog* diskutierte.

Geheimnis und Demokratie – auf den ersten Blick ein Gegensatz. Ist es doch der große Erfolg der Aufklärung, dass das Arkanum, das Geheime, das nur dem Fürsten Bekannte, so klein und so gering wie möglich bleibt. Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit stehen seitdem ganz oben auf der Rangliste der bürgerlichen Freiheitsrechte, ohne die es keine Demokratie geben kann. In Zeiten des Internets und der überall verfügbaren und präsenten Handy-Kameras war scheinbar nie soviel Öffentlichkeit wie heute in der modernen Mediendemokratie. Dabei stellt sich das Problem der Ethik neu: Gibt es noch eine allgemein gültige Verständigung über Kriterien und Maßstäbe der Veröffentlichung, also darüber, was privat bleiben muss und auf keinen Fall öffentlich werden darf?

Übertriebene Geheimhaltung

Franz Schindler hat dazu ganz eigene Ansichten. Der SPD-Landtagsabgeordnete und Jurist ist Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zur Affäre rund um das Versagen der Sicher-

heitsbehörden bei der Mordserie des rechtsextremistischen „Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU)“. Er beklagt die seiner Ansicht nach übertriebenen Geheimhaltungsvermerke auf manchen Akten: „Ich habe es immer wieder mit geheimen Protokollen und Akten zu tun. Ich darf hier nicht alles sagen. Ich kann nur schwurbeln – und das seit Monaten. Dabei tun sich



Franz Schindler: „Vor dem Souverän darf es keine Geheimnisse geben“
Fotos: Oryk Haist



Burkhard Körner: „Die Öffentlichkeit wird informiert“

Abgründe auf: Verfassungsschutzeute bauen Strukturen selbst auf, die dann bekämpft werden. Und das alles wird mit Steuergeldern finanziert!“ Für den Sozialdemokraten gilt: „Vor dem Souverän darf es eigentlich keine Geheimnisse geben. Der Untersuchungsausschuss kommt an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Wir erfahren zwar viel, dürfen aber nicht darüber reden.“

Der bayerische Verfassungsschutzpräsident Burkhard Körner kontert: „Die Öffentlichkeit bleibt nicht außen vor. Sie wird informiert.“ Der Geheimschutz sei auch kein Selbstzweck. Der Schutz der Informanten und V-Leute sei unabdingbar.

Mehr Transparenz und Öffentlichkeit seien nötig, wenn der Verfassungsschutz in der Gesellschaft akzeptiert werden soll. Oft wüssten Journalisten mehr als Abgeordnete, gab dagegen Schindler zu bedenken.

„Blinde Flecken“

Für den Journalisten David Schraven, der das Recherche-Ressort der WAZ leitet, ist das Veröffentlichen von Dokumenten und Quellen allein noch keine Leistung: „Das Publikum braucht Bearbeitung, Analyse und Einordnung durch Journalisten. Nur so können Informationen verwertbar gemacht werden.“ Er warf den Behörden und auch Journalistkollegen vor, im Fall NSU zu lange blind gewesen zu sein. „Man ist dem ersten vagen Verdacht nachgelaufen und hat nicht nachgefragt.“

Carolin Neumann, Chefredakteurin des medienkritischen online-Magazins vocer.de, sieht in der neuen Netzöffentlichkeit auch neue Möglichkeiten für Medienkritik, die in den traditionellen Medien immer weniger stattfinde. Auch David Schraven sieht durchaus „blinde Flecken“, wenn es um die Recherche in der eigenen Zunft geht. Den eigenen Betrieb zum Thema machen? Wohl eher nicht. Viel zu viel würde noch unter Verschluss gehalten.

* In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie Tutzing und dem Münchener Arbeitskreis öffentlicher Rundfunk (MAR)

Traumatisierte Kinder

Mehr Öffentlichkeit für Medienkritik forderte auch Kuno Haberbusch vom NDR. Er war lange Leiter des politischen Magazins „Panorama“, der Satiresendung „extra 3“ und des Medienmagazins „zapp“. „Politiker sind es gewohnt, wenn man kritisch mit ihnen umgeht, Journalisten sind da viel sensibler.“ Der Journalist plauderte aus dem Nähkästchen und sparte nicht mit Kritik: „Wie einige Medienleute nach Tragödien wie dem Amoklauf von Winnenden mit den Beteiligten umgehen, nur um eine gute Story zu bekommen, ist geschmacklos. Traumatisierte Kinder wurden vor Kameras gezerrt.“ Hier ende das Informationsrecht der Öffentlichkeit.



Kuno Haberbusch: „Auch in den Medien brauchen wir mehr Transparenz“

Fotos: Prechtl

Haberbusch kritisierte Kollegen, die Journalistenrabatte entgegennehmen. Dieselben kritisierten das bei Politikern, weil der Anschein der Käuflichkeit entstehe. Er kritisierte, dass sich prominente „Fernsehnasen“ von Agenturen für hohe Summen vermarkten lassen. „Journalisten fordern Transparenz über die Nebentätigkeiten von Politikern, aber bei sich selbst sind sie diskret. Man kann nicht unabhängig über Firmen berichten, von denen man Geld bekommt.“

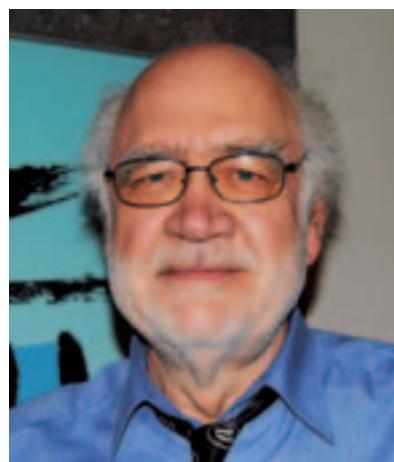
Haberbusch kritisierte auch den oft fehlenden Willen zur Recherche: „Wenn ein Klischee für Journalisten stimmig erscheint, prüfen sie es oft nicht nach. Wir zimmern uns manchmal ein Weltbild zurecht, weil es zu dem

passt, was wir glauben.“ Er warnt: „Die Pressefreiheit wird untergraben, wenn Journalisten ihre Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit verspielen. Auch in den Medien brauchen wir mehr Transparenz.“

Mehr Schutz für „Whistleblower“

Für mehr Transparenz und Öffentlichkeit wollen auch „Whistleblower“ sorgen. Diese Informanten über interne Unterlagen und Dokumente wollen Alarm schlagen, weil ihnen Zustände in Firmen und Behörden unerträglich erscheinen und der Weg über die Medien oft versperrt ist.

Für den Hamburger Medienforscher Johannes Ludwig ist es eine „Gratwanderung zwischen Aufklärung und Verrat“. Er machte die Motive von Whistleblowern deutlich: „Es geht dabei immer um Aufklärung von Missstän-



Rechercheforscher Johannes Ludwig: „Whistleblower stecken im moralischen Dilemma zwischen Aufklärung und Verrat“

den, Problemen oder Gefahren, was aber oftmals als Verrat wahrgenommen wird und mit Mobbing oder sogar Kündigungen endet.“ Whistleblower hätten oft ein hohes Arbeitsethos, einen hohen Qualitätsanspruch an sich selbst und sehen sich ihrem Gewissen und der Gesellschaft verpflichtet. Zunächst stehe meist der Versuch, die Missstände intern aufzudecken. „Erst dann wendet sich der Whistleblower an die Medien oder direkt an die Öf-

fentlichkeit“, so Ludwig. Allerdings sehen sich Menschen, die diesen Schritt wagen, mit erheblichen Problemen konfrontiert: „Die Rechtslage in Deutschland ist paradox und uneinheitlich. Es besteht kein Schutz für den Whistleblower. Die verbreitete Kultur des Wegsehens und Nichteinmischens erschwert das zusätzlich.“ Oft gehe der Arbeitsplatz verloren und Psyche und Familienleben leiden unter der Situation, sagte der Hamburger Rechercheforscher. Das Internet biete eine qualitative und quantitative Verbesserung der Möglichkeiten des Whistleblowings, löse aber die moralische Zwickmühle der Betroffenen nicht auf.

Paparazzi-Opfer

Mit den psychischen Problemen von Medienopfern, die ins Rampenlicht der Journalisten geraten, beschäftigt sich der Zürcher Psychiater Mario Gmür. Er kategorisiert insgesamt zehn verschiedene Typen von Medienopfern, darunter das Paparazzi-Opfer, das Opfer von Verhöhnung und das Stigmatisierungsopfer. Es gibt aber auch das Ignorierungsopfer, das durch Nichterwähnung in den Medien Schaden an seiner Psyche nimmt.

Allen gemeinsam ist, dass sie sowohl allgemeine, unspezifische Symptome aufweisen. Sie leiden zum Beispiel unter depressiver Verstimmung, Schlaf- und Konzentrationsstörungen oder einem Gefühl der inneren Unruhe. Daneben gibt es aber auch noch für Medienopfer spezifische Symptome: Schamgefühl, Ängste vor Voyeurismus und Isolierung sowie Rückzug oder Überanpassung. Mischformen sind möglich.

Gmür geht mit den Medien hart ins Gericht: „Journalisten sind sich den Folgen ihres Handeln bewusst, aber sie nehmen den psychischen Schaden in Kauf. Ihr Egoismus, das Geschäftsstreben, die sadistische Freude am Leid anderer und der Voyeurismus der Öffentlichkeit scheinen das Leid Einzelner zu rechtfertigen.“

Grundsätzlich wurde Joachim Westerbarkey von der Universität Münster:

„Öffentlichkeit kann nur über Kommunikation hergestellt werden, sie ist ein Prozess, kein Zustand“, sagte er und spricht von der „Janusköpfigkeit der Kommunikation“: „Öffentlichkeit und Geheimnis schließen sich nicht aus – im Gegenteil, sie bedingen sich gegenseitig.“ Westerbarkey unterschied zwei Typen von Geheimnissen: das intentionale und das funktionale. Letz-



Joachim Westerbarkey spricht von der „Janusköpfigkeit der Kommunikation“

teres beschreibt eine Information, die nur deshalb geheim bleibt, weil sie im Kommunikationsprozess verschiedenen Selektionsmustern zum Opfer fällt.

Relevanzverlust

Er spricht dem Geheimnis einen hohen Stellenwert zu, da sich nur dadurch ein struktureller Vorteil und damit Macht generieren lasse – und das werde auch in Zukunft so bleiben: „Im digitalen Zeitalter werden nicht mehr Geheimnisse gelüftet als früher, außer man rechnet Banalitäten mit ein.“

Westerbarkey wies auch auf die Ambivalenzen einer digitalen Öffentlichkeit hin: die enge Vernetzung, das hohe Verständigungspotenzial und die Beschleunigung von Kommunikation einerseits und die Fragmentierung von Themen und Publikum, unsichere Quellen und ein Verlust an Relevanz andererseits. ■

*Michael Schröder /
Susanne Prechtl*

APB jetzt Mitglied im AdB

Unsere Akademie wurde Ende November 2012 von der Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) in den Verband aufgenommen und ist damit jetzt ein wichtiger Teil dieses bundesweiten Netzwerkes politischer Bildungseinrichtungen.

Die Tutzinger Akademie stand übrigens an der Wiege des Verbandes. Hier wurde er 1959 im Rahmen einer Tagung gegründet (siehe dazu Akademie-Report 2-2012, S. 24).

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ist ein Zusammenschluss von Einrichtungen politischer Jugend- und Erwachsenenbildung mit unterschiedlichen Profilen. Dazu gehören Jugendbildungsstätten, Heimvolkshochschulen, internationale Begegnungsstätten und Akademien der parteinahen Stiftungen. Sie widmen sich schwerpunktmäßig der politischen Bildung, Jugendbildung, Weiterbildung sowie der internationalen und interkulturellen Bildung. Der Arbeitskreis will die außerschulische Bildung, insbesondere die politische Bildung

als Element der Allgemeinbildung, fördern. Der AdB ist konfessionell und parteipolitisch nicht gebunden. Er bietet ein Forum für fachlichen Erfahrungsaustausch, Fortbildung und gemeinsame bildungspolitische Interessenvertretung.

Als wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur der Jugendhilfe auf Bundesebene wird der Verband vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

„Demokratie braucht politische Bildung“. Diese Aussage kennzeichnet das Selbstverständnis des AdB. Er will durch politische Bildung die Demokratie stabilisieren und zu ihrer Weiterentwicklung unter sich verändernden Bedingungen beitragen. Die Bildungsstätten des AdB sind Orte der Begegnung zwischen Menschen aus verschiedenen Bevölkerungskreisen und Lebenswelten. Sie ermöglichen die Auseinandersetzung mit dem Politischen und die Erfahrung, dass Demokratie nicht nur ein politisches System ist, sondern auch im Alltag gelebt werden muss. ■ MS

Wolf Euba gestorben

Noch im Oktober des letzten Jahres hat er die Zuhörer bei einer Lektüre mit Texten von Oskar Maria Graf im Rahmen unserer Tutzinger Kulturnacht verzaubert. Am 24. Januar 2013 ist der Schauspieler, Sprecher und Autor Wolf Euba im Alter von 78 Jahren plötzlich und unerwartet in München gestorben. Nicht nur die Hörerinnen und Hörer des Bayerischen Rundfunks, für die er über Jahrzehnte die Stimme Bayerns war, trauern um eine markante Persönlichkeit. Dem BR war er seit den sechziger Jahren eng verbunden. Über seine Arbeit für den Rundfunk hinaus gestaltete er eigene musikalisch-literarische Soloabende. Als Sprecher las Euba mehrere bekannte Werke als Hörbücher ein, als Autor verfasste er zahlreiche Hörspiele. Für sein Schaffen wurde er vielfach ausgezeichnet. Der Münchener Merkur lobte ihn einmal: „Euba genügten schon wenige Sätze, um ganze Bühnenwelten zu beschwören.“ Wer ihn bei seinem letzten Auftritt in Tutzing erleben durfte, kann dies nur unterschreiben. ■ MS

Brandmauern gegen Shitstorms

Abgeordnete machen sich mit Facebook und Co vertraut

Egal ob Obamas Wahlsieg oder die online-Breitseite des Regener SPD-Landrats Michael Adam gegen seinen Parteivorsitzenden Florian Pronold – beides wäre ohne das Internet und die Wirkung der sozialen Medien wie Facebook und Twitter nicht möglich gewesen. Die sozialen Netzwerke haben längst die politische Kommunikation erreicht und verändern sie. Gründe genug für die Akademie, in Zusammenarbeit mit dem MedienCampus Bayern, ein Programm für Landtagsabgeordnete und deren Mitarbeiter anzubieten: „Überzeugen(d) im Netz – Social Media für Abgeordnete“.

„Die sozialen Medien krempeln auch die politische Landschaft um.“ Das ist die These der Medienpädagogen Richard Heigl und Anja Ebersbach von der Medienwerkstatt „Hallo Welt!“. Für sie sind Twitter, Facebook und Blogs zentrale Mobilisierungs- und Kommunikationsmedien politischer Bewegungen. Und das gelte nicht nur für Zeiten extremer Mobilisierung wie Wahlkämpfe, Demonstrationen oder gar Umstürze. Auch in „Ruhephasen“ des politischen Betriebs wird das Web zum zentralen Ort demokratischer Beteiligung und Kontrolle.

Herausforderung für Politprofis

„Das Web ist das Schlüsselmedium jeder neuen Gesellschaft“, meinen Heigl und Ebersbach. Sie sind überzeugt: „Die politische Arbeit wird sich unvermeidlich in diesen Bereich verlagern.“ Weil sie jeden Tag Nachrichten und Informationen aufnehmen und weitergeben, erfahren sich die Webnutzer nicht mehr als passives Stimmvieh, sondern als Beiträger und Beteiligte. Diese Entwicklung stelle für Politprofis eine Herausforderung dar, schaffe aber auch große Chancen für eine nachhaltige und demokratischere Veränderung der Gesellschaft.

Heigl und Ebersbach boten den anwesenden Parlamentariern eine Strategie in sechs Schritten. Zunächst müsste

die Ist-Soll-Situation analysiert werden: Welche Medien nutze ich bereits mit welchem Erfolg? Wer ist meine Zielgruppe? Und was sind meine Ziele. Wo will ich hin?



Anja Ebersbach: „Planung und Strategie sind unentbehrlich bei der Kommunikation im Netz“

Dann müsste geklärt werden, welche Ressourcen zur Verfügung stehen. Wie viel Geld, Zeit und Energie habe ich langfristig für diese Online-Aktivitäten zur Verfügung? Wichtig sei es auch, die Mitarbeiter in diese Strategie einzubinden. Einer allein werde diese Aufgaben auf Dauer kaum bewältigen können.

Im Internet präsent zu sein und Social-Media-Services aktiv zu nutzen, bedeute, die eigenen politischen Arbeitszusammenhänge transparent darzustel-

len und dies auch authentisch zuzulassen. Der Ratschlag: „Seien Sie in der Themenwahl relevant und in der Umsetzung kreativ.“

Relevanz und Kreativität

Man müsse sich auch überlegen, welcher Kanal für welche Kampagne am besten geeignet sei. Facebook sei beispielsweise durch seine Kommentarfunktionen ein dialogisches und transparentes Medium. Der Dialog müsse dann aber auch konsequent weitergeführt werden.

Anja Ebersbach warnte vor zu erwartenden Stolpersteinen auf dem Weg zur erfolgreichen Social-Media-Strategie und riet: „Lassen Sie sich nicht entmutigen. Gerade zu Beginn wird eine Experimentierphase nötig sein, um herauszufinden, welche Formate für welche Produkte am besten funktionieren, und welche Zielgruppe man wie am besten erreicht.“

Täglicher Spiegeltest

Und wenn sich der Politiker in die online-Kommunikation des Netzes begeben hat, rät der Ethiker Thomas Zeilinger vom Institut „persönlichkeit+ethik“ zum täglichen „Spiegeltest“: „Kann und will ich mir mit dem, was ich heute geschrieben oder getan habe, auch morgen früh im Spiegel gegenüberstehen?“ Oder auch: „Kann ich das, was ich heute getan und entschieden habe, auch morgen in der Zeitung lesen (wollen)?“

Zeilinger schreibt den Politikern bei der Kommunikation im Netz eine besondere Verantwortung zu. Sie hätten eine Anwaltschaft für öffentliche Infrastrukturen und sollten eine kritische Funktion gegenüber Monopolbildungen internationaler Medienkonzerne übernehmen. Bei aller Kritik am professionellen Politikbetrieb hätten Abgeordnete immer noch eine Vor-

bildungsfunktion. Die ohnehin beschädigte Glaubwürdigkeit des Berufspolitikers dürfe durch Aktivitäten im Netz nicht noch weiter in Misskredit geraten, sagte Zeilinger.

Die Regensburger Rechtsanwältin Sabine Sobola klärte über die zahlreichen juristischen Fallstricke, die im Internet herumliegen, auf. „Das Internet ist kein rechtsfreier Raum“, sagte sie. Vielmehr gelten auch hier die herkömmlichen Rechte der analogen Medienwelt: das Bürgerliche Gesetzbuch und das Urheberrechtsgesetz, aber eben auch spezielle Regelungen wie das Telemediengesetz, in dem unter anderem die Haftung für Inhalte geklärt ist.

Drohende Abmahnungen

Texte, Bilder und Grafiken sind meist urheberrechtlich geschützt. Wer so ein Werk nutzen möchte, also z.B. eine Kopie herstellt oder es im Internet veröffentlicht, braucht dazu die Einwilligung des Urhebers und Rechteinha-

bers. Wer diese nicht hat, begeht eine Urheberrechtsverletzung. Die Folgen sind Unterlassung, Auskunft und Schadensersatz. Häufige Fälle sind Fotos, Textteile oder Stadtplanaus-



Rechtsanwältin Sabine Sobola warnte vor juristischen Fallstricken im Internet

Fotos: Haas

schnitte. Tipp und Faustregel der Juristin: „Einwilligung des Urhebers einholen oder Lizenzgebühren zahlen – sonst drohen Abmahnungen.“ Extrem problematisch wird es, wenn sich Abgeordnete mit Kindern oder minder-

jährigen Jugendlichen ablichten lassen und diese Fotos veröffentlichen. Die Einwilligung dazu können nur die Erziehungsberechtigten geben. Grundsätzlich gilt auch bei Erwachsenen das Recht am eigenen Bild. Es sei denn, es handelt sich um Personen der Zeitgeschichte. Im Zweifelsfall müsse immer abgewogen werden zwischen dem Informationsinteresse der Allgemeinheit und dem Schutz der Privatsphäre, die es natürlich auch bei Prominenten aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur gibt. Auch in diesem Bereich gibt es zivilrechtliche Ansprüche der Betroffenen: Unterlassung, Gegendarstellung, Berichtigung (Widerruf, Richtigstellung, auch Ergänzung) und eventuell sogar Schadensersatz, erläuterte Rechtsanwältin Sobola.

Authentizität in der Sprache

Zum Abschluss gab es noch Praxistipps und -tricks in einer digitalen Schreibwerkstatt, die von Sebastian Haas und Michael Schröder von der Akademie sowie von Markus Kaiser

vom MedienCampus Bayern geleitet wurde. Sie rieten zu Authentizität in Sprache und Stil: „Bleiben Sie auch online und in sozialen Netzwerken die Persönlichkeit, die Sie sind. Verbiegen Sie nicht sich und Ihre Sprache. Sprachliche Anbiederung an eine vermeintliche Jugendsprache wirkt nur peinlich“, sagte Haas, der Pressereferent der Akademie.

Schröder, Dozent in Sachen politischer Kommunikation, ergänzte: „Die Sprache muss zu Ihnen als Marke ‚MdL‘ passen, Sie müssen sich auch in sozialen Netzwerken selbst treu bleiben.“

Und Markus Kaiser riet zu einem positiven Umfeld von „Freunden“ im Netz: „Sorgen Sie gezielt für ‚Freunde‘ und ‚Follower‘, die Ihnen bekannt und wohl gesonnen sind. Sie können im Ernstfall eines ‚Shitstorms‘ eine wirkungsvolle ‚Brandmauer‘ um Sie errichten und gemeinsam mit Ihnen die Abwehr und Gegenstrategie organisieren.“ ■



„Onlein-Dienst“

Zeichnung: Liebermann

Michael Schröder

Zwischen Akzeptanz und Widerstand

Energiewende und neue Protestkultur

Das Jahrhundertprojekt „Energiewende“ teilt das Schicksal vieler anderer Großprojekte: Kaum wandelt sich die Idee in konkrete Pläne, schon gesellt sich zur Euphorie Zurückweisung und Widerstand. Windräder werden abgelehnt, neue Stromleitungen ebenso, weil sie angeblich das Landschaftsbild verschandeln. Die Befürworter argumentieren mit der Notwendigkeit, die Gegner bestreiten diese. Diese Konfliktlinien zu sortieren und danach zu fragen, wie Energiewende-Projekte gestaltet sein müssen, damit sie von der Gesellschaft akzeptiert werden, waren nur zwei Aspekte einer Tagung, die die Akademie in Zusammenarbeit mit der Petra Kelly-Stiftung veranstaltete.

Manfred Fischedick vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gab einen umfassenden Überblick über Stand und Perspektiven der Energiewende. Er wies darauf hin, dass die eigentliche Ursache und der Hauptgrund für die Energiewende der Klimawandel sei. In den nächsten fünf Jahren entscheidet sich nämlich, ob sich das Ziel, eine Erderwärmung von 2 Grad Celsius nicht zu überschreiten, überhaupt noch erreichen lässt. Derzeit befinden wir uns eher auf einem Weg, der auf eine Erwärmung von 4 Grad Celsius hinaus läuft.

Die Katastrophe von Fukushima, die eine breite gesellschaftliche Neubewertung der Kernenergie nach sich zog, erzeugte insofern nur einen zusätzlichen Schub für die Notwendigkeit der Energiewende. Denn, und das unterscheidet Deutschland und Japan voneinander, in Deutschland stand seit den 1970er Jahren die systematische Beschäftigung mit alternativen Energiekonzepten auf der Agenda, während Japan nie ernsthaft Alternativen zur Atomenergie erwogen habe. Allerdings sollte – so Fischedick – bei der derzeitigen Fokussierung auf den Atomausstieg und der damit einhergehenden Diskussion über Alternativen bei der Stromerzeugung nicht vergessen werden, dass ein hauptsächliches Handlungsfeld die Steigerung der Energieeffizienz und das Energiesparen sein muss.

Um die Energiewende voranzubringen, braucht es laut Fischedick Vorreiter auf allen Ebenen: auf der EU-, Bundes- und Länder-Ebene eben so sehr wie auf der kommunalen. Hier sind die in



*Energieexperte Manfred Fischedick:
„Gebäudesanierung ist zu schaffen“
Fotos: Haas*

mittlerweile rund 130 Kommunen und Regionen getroffenen Beschlüsse, sich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt zu 100 Prozent aus regenerativen Energien versorgen zu wollen, ebenso zu erwähnen wie die bereits eingeleiteten Maßnahmen für eine erneuerbare Energieversorgung und forcierte Effizienzstrategien.

Fischedick plädierte auch dafür, neben der technologischen Innovation und der Anpassung der Infrastrukturen

die soziale Innovation nicht zu vergessen: Damit sind unter anderem neue Geschäftsmodelle, Beteiligungsmuster, aber auch Änderungen im Konsumverhalten gemeint.

Ambitionierte Ziele und Projekte

Das Ziel ist durchaus ambitioniert: Will man beispielsweise den Energieverbrauch von Gebäuden bis 2050 um 80 Prozent verringern – nichts anderes sieht das nationale Energiekonzept vor –, so müsste in knapp vierzig Jahren der gesamte deutsche Gebäudebestand einmal komplett durchsaniert werden. Fischedick zeigte sich optimistisch: „Das ist zu schaffen, auch wenn es nicht leicht werden wird.“

Hinsichtlich der augenblicklichen Kostendiskussion konstatierte Fischedick ein „schräges Bild“. Die steigenden Strompreise würden nämlich vornehmlich den Privathaushalten und den Klein- und Mittelunternehmen aufgebürdet. „Schuld“ an diesen Strompreiserhöhungen sind aber in nur geringem Maße (nämlich zu rund einem Drittel) der Ausbau der regenerativen Energien und seine Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), sondern vor allem die Ausnahmeregelungen für Großverbraucher. Zudem könnten die Mehrbelastungen durch konsequente Einsparbemühungen in Haushalten und Gewerbe kompensiert werden.

Protest-Prototyp

Die „neue Protestkultur“ stellte Felix Butzlaff vom Göttinger Institut für Demokratieforschung auf den Prüfstand. Er stützte sich dabei auf aktuelle Forschungsergebnisse einer qualitativen Studie. Der Protest-Prototyp wird so charakterisiert: überwiegend männlich, ist Mitte 40 bis Mitte 70, verfügt souverän über das eigene Zeitbudget (z.B. Selbstständige), er ist so-

zial gut vernetzt, kirchlich nicht gebunden (und wenn doch, dann eher protestantisch) und ressourcenstark. Auffällig sei zudem, so Butzlaff, dass die technischen Berufe stark vertreten seien, was dazu führe, dass die Herangehensweise an Probleme durch eine gewisse „kompromisslose Objektivität“ gekennzeichnet sei. Diese Einstellung passe aber nicht zur Eigenart von (Volks-)Parteien, die auf Kompromiss und Interessenausgleich gestimmt seien. Es sind also nicht in erster Linie die gesellschaftlichen und sozialen Randgruppen, sondern die Erfolgreichen und gut Situierten, die sich mit ausgeprägtem Selbstbewusstsein einbringen. Sie bringen einiges an lebensgeschichtlicher „Selbstwirksamkeitserfahrung“ mit.

70 Prozent Befürworter

Der Frage, wie Akzeptanz für Energiewendeprojekte geschaffen werden könne, widmete sich Irina Rau von der Forschungsgruppe Umweltpsychologie der Universität des Saarlands. Sie machte mit ihrem Überblick über die empirische Erforschung der Akzeptanz von Energiewendeprojekten deutlich, dass die Energiewende nur von 3,2 Prozent der Bevölkerung aktiv bekämpft wird. Dem gegenüber stehen über 70 Prozent Befürworter und sogar zusätzlich noch 10,8 Prozent, die die Energiewende mit aktivem Engagement unterstützen.

Als wesentliche Einflussfaktoren auf die Akzeptanz von Energiewendeprojekten nannte Rau neben dem Standort (Landschaftsveränderungen, Ortsbindung und -identität) und der Technologie (Umweltverträglichkeit, Lebensqualität) die regionale Wertschöpfung und ein faires Beteiligungsverfahren. Beim Verfahren selbst sei es wichtig, dass die Betroffenen so früh wie möglich beteiligt

werden und dass das Verfahren zu mindest zu Beginn ergebnisoffen ist. Die Informationen müssten dabei allgemein zugänglich sein. Entscheidend für die Akzeptanz eines Vorhabens ist

aber der Gerechtigkeitsaspekt. Und zwar nicht nur im Hinblick auf das Verfahren selbst, sondern auch auf die Verteilungsfrage (regionale Gerechtigkeit) und hinsichtlich des höflichen und respektvollen Umgangs mitein-

de zu gewinnen. Auch sie plädierte nachdrücklich dafür, Beteiligungsprozesse nicht erst in Gang zu setzen, wenn es zu spät sei. Nur zu oft, so Büttner, werde sie eingeschaltet, wenn ein Konflikt bereits eskaliert sei. Dann



Irina Rau (links) und Hannah Büttner berichten über die Akzeptanz von Energiewendeprojekten

ander. Gerade Politiker müssten sich aber davon verabschieden, zu glauben, Beteiligung sei eine automatische Garantie für Akzeptanz.

Bürgerdialog früh beginnen

Hannah Büttner, Senior-Beraterin der IFOK GmbH, berichtete über den Bürgerdialog „Energietechnologien für

gehe es vornehmlich darum, die verschiedenen Akteure miteinander wieder ins Gespräch zu bringen, das Verfahren zu versachlichen und konstruktiv zu begleiten.

Der Bürgerdialog „Energietechnologien für die Zukunft“ ist ein Weg, um den Bürgern „Orientierung in der Informationsvielfalt“ zu geben, mit den Bürgern „auf Augenhöhe mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft Chancen und Herausforderungen zu diskutieren“ sowie Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zu formulieren, wie die Energiewende trotz bestehender Zielkonflikte gestaltet werden kann.

Die Ergebnisse der Konsultation dokumentieren Wünsche und Anforderungen der Bevölkerung. Diese müssen nun von der Politik und den Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft (insbesondere die Mitglieder des Beraterkreises) in ihr Handeln einbezogen werden.



Gorleben wurde zum Symbol des Bürgerprotests gegen Atomenergie

die Zukunft“, mit dem im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung versucht werden sollte, Hinweise aus der Bürgerschaft für die konkrete Gestaltung der Energiewen-

Bürgerstiftung als Modell

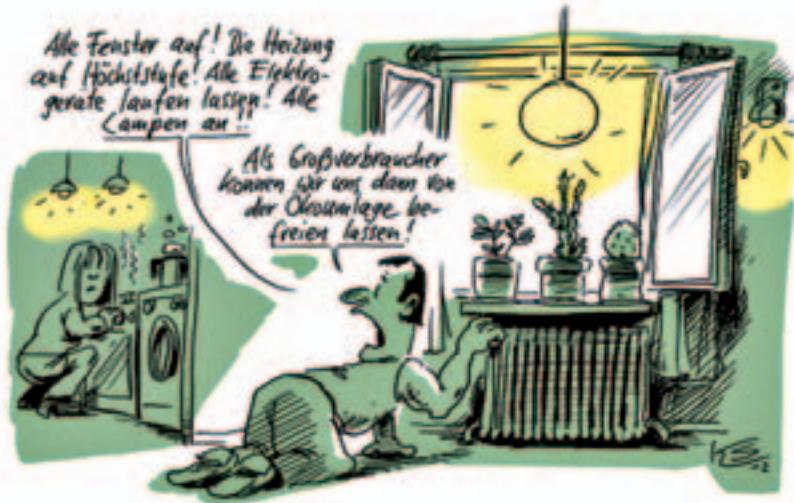
Viele verschiedene Wege geht die Bürgerstiftung Energiewende Oberland, die im südlichen Oberbayern aktiv ist. Der Vorsitzende Wolfgang Seiler, ein pensionierter Klimaforscher, stellte sie vor. Als Ziel haben sich die dort beteiligten Landkreise gesetzt, bis 2035 mit einer dezentralen Energieversorgung ohne Einsatz fossiler Energieträger auszukommen. Dabei spielen Kraftwerke, die Bürgern gehören, ebenso eine Rolle, wie der Einsatz neuester Technologien. Auch für das Problem der Speicherung von Energie denkt man innerhalb der Bürgerstiftung intensiv nach: Methanisierung ist das Stichwort. Seiler mahnte mit Nachdruck, dass das Thema Energiewende nicht nur auf den Bereich Strom reduziert werden dürfe, sondern auch Wärme und Mobilität umfassen müsse. Überhaupt sei es wichtig, das Thema umfassend anzugehen. Obwohl man im Oberland schon viel bewegt habe, so Seiler ernüchternd, sei die Energiewende bei einer wünschenswerten Maximalgeschwindigkeit von 100 Kilometern pro Stunde auch dort nur mit geschätzten 12 Kilometern pro Stunde unterwegs.

Effizienz steigern

Auch Martin Pehnt vom Institut für Energie- und Umweltforschung Heidelberg (ifeu) ging auf die Energieeffizienz ein, die er als die „vernachlässigte Säule der Energiewende“ bezeichnete. Wie wichtig diese ist, machte er mit folgenden Zahlen deutlich: Beim Einsatz von 100 Prozent Primärenergie werden in Deutschland lediglich 33 Prozent Nutzenergie erzeugt. Aber obwohl sich alle im Grunde dafür aussprechen, Energie zu sparen und effizient einzusetzen, gebe es jede Menge Gegenargumente, sobald es konkret werde. Die energetische Sanierung wird dann als „Dämmwahn“ abgewertet, gegen Energiesparlampen spricht ihr geringes Lichtspektrum, die Einführung von Einsparzielen für Unternehmen mittels Steuererleichterungen wird wegen der angeblichen Überbürokratisierung abgelehnt. Und sogar die

längst der Vergangenheit angehörenden ineffizienten Nachspeicherheizungen feiern als Möglichkeit, „Überschusswindstrom“ zu verbrauchen, ein unschönes Comeback. Pehnt sprach sich nachdrücklich dafür aus, für Effizienzanstrengungen durch das

tion von solchen Anlagen weist hohe Wertschöpfungseffekte auf, ist wichtig für den Industriestandort Deutschland und kann durch steigende Exporte noch erhöht werden. Aber die Wertschöpfungseffekte durch vor- und nachgelagerte Dienstleistungen (von



Zeichnung: Stuttmann

Ordnungsrecht (Verbote, Grenzwerte, Nutzungsgebote etc.) entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Glühbirnenverbot habe gezeigt, wie rasch sich bei entsprechenden rechtlichen Vorgaben Erzeuger wie auch Konsumenten umstellen.

Vorteile der Dezentralität

Ein wichtiger Beitrag für die Akzeptanz von Energiewendeprojekten ist die regionale Wertschöpfung. Dabei kann Wertschöpfung in Form der Produktion von Anlagen, durch Planung oder auch Installation und Wartung anfallen, wie Katharina Heinbach vom Berliner Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (iöw), darstellte. 2011, so hat ihr Institut errechnet, befiehlt sich die Wertschöpfung durch dezentrale erneuerbare Energien in Deutschland auf 15,3 Milliarden Euro, davon verblieben 10,1 Milliarden auf kommunaler Ebene. Dies lässt Heinbach schlussfolgern, dass die regionale Wertschöpfung ein immer wichtigerer „Treiber“ für den Ausbau der erneuerbaren Energie wird. Die Produk-

Planung über Betrieb bis Rückbau) übersteigen die Effekte aus der Produktion bereits. Diese sind im Gegensatz zur (zentralen) Produktion größtenteils



Katharina Heinbach: Wertschöpfung durch dezentrale erneuerbare Energien

in fast jeder Region möglich – was einen weiteren Vorteil der Dezentralität der erneuerbaren Energien darstellt. Auch hier gilt: Die finanzielle Beteiligung der Bevölkerung vor Ort ist ein wesentlicher Akzeptanzfaktor.

„Energie in Bürgerhand“

Die Frage, ob die Energiewende zentral oder dezentral organisiert werden kann, debattierten zum Abschluss der Tagung Andreas Kießling von der E.ON AG und Eva Stegen von den Elektrizitätswerken Schönau. Kießling stellte fest, dass auch E.ON zu einem beachtlichen Teil bereits dezentral aufgestellt sei. Er gab allerdings zu bedenken, dass – betrachte man den Netzausbau – Dezentralisierung auch mit Entsolidarisierung einhergehe. Den Grund dafür sah er darin, dass Photovoltaik-Betreiber sich nicht an den Netzkosten beteiligen.

Eva Stegen vertrat dezidiert die dezentrale Position, für die die von den „Schönauer Stromrebellen“ initiierte Energiegenossenschaft fast schon



Nötige neue Stromleitungen und Windräder werden oft abgelehnt

Foto: wikipedia commons

symbolhaft steht. Vor dem Hintergrund der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl wurden aus den AKW-Gegnern dort sukzessive Stromver-

sorger. Am Anfang standen Stromsparbemühungen und das Plädoyer für die Reaktivierung alter Wasserkraftwerke, die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung und der Aufbau von Solar-Gemeinschaftsanlagen.

Die Übernahme des Stromnetzes in Schönau wurde nach der Liberalisierung des Strommarktes vom Einstieg in die Stromerzeugung ergänzt.

Auch dafür gilt das Schönauer Motto „Energie in Bürgerhand“. Dass dies der richtige Weg sei, dafür stehe ihr bürgereigenes Unternehmen, das inzwischen 135.000 Kunden habe.

Inzwischen, so Stegen, kämen sogar japanische Delegationen nach Schönau, um sich über die Möglichkeiten regenerativer Energieerzeugung zu informieren. ■



Pro und contra dezentrale Versorgung: Andreas Kießling von der E.ON AG (links) und Eva Stegen von den Elektrizitätswerken Schönau

*Manfred Schwarzmeier /
Gerd Rudel*

Weiterführende Links:

Olaf Bandt: Den Mutbürger bei der Energiewende beteiligen – die Zivilgesellschaft stärken.
eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 10/2012 vom 25.05.2012
http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_bandt_120525.pdf

Bernd Hirschl/Steven Salecki/Timo Böther/Katharina Heinbach: Wertschöpfungseffekte durch Erneuerbare Energien in Baden-Württemberg. Endbericht. Berlin 2011
http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/91392/Anlage_Endbericht.pdf?command=download Content&filename

Seniorenpolitik ist für alle da

Aktives Altern im demografischen Wandel

Der Blick auf die demographische Entwicklung offenbart zwei markante Trends: Wir werden immer älter – und immer weniger. Das Verhältnis zwischen den Generationen, deren jeweilige Erwartungen und wechselseitige Verpflichtungen befinden sich im Wandel, auf den die Politik reagieren muss. Anlässlich des Europäischen Jahres für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 haben wir bei unserer Tagung in Zusammenarbeit mit der LandesSeniorenVertretung Bayern über die Herausforderungen und Chancen dieser gesellschaftlichen Veränderungen und über mögliche Zukunftsmodelle diskutiert.

Die Daten sind beeindruckend: Im Jahr 2060 werden die über 60-Jährigen in Deutschland etwa ein Drittel der Bevölkerung ausmachen. Zugleich schrumpft die Einwohnerzahl von heute 82 Millionen auf dann nur noch gut 70 Millionen. Folge dieser Ent-



Maria Weigand sprach über erfolgreiche Seniorenpolitik

Foto: Susanne Prechtl

wicklung ist, dass bei der Rentenversicherung weniger Beitragszahler mehr Leistungsempfängern gegenüberstehen werden.

Die Zahl der Pflegekräfte wird kaum im gleichen Umfang zunehmen wie der Bedarf an ihren Leistungen. Der demografische Wandel wirkt sich außerdem bei anhaltender Abwanderung der jüngeren Generation in die Ballungs-

zentren regional sehr unterschiedlich aus – von Vergreisung bedroht sind vor allem die ländlichen Gebiete, die daher beim Angebot sozialer Leistungen vor besonderen Herausforderungen stehen werden. Berücksichtigt man andererseits, dass Senioren schon heute überwiegend sportlich aktiv, mobil und engagiert sind, werden auch die Chancen einer alternden Gesellschaft deutlich. Weit entfernt vom „alten Eisen“ früherer Generationen sind Senioren heute und künftig nicht primär zu versorgende, sondern sorgende Menschen, die sich einbringen und Verantwortung übernehmen möchten.

Diese unterschiedlichen Altersbilder griff Andreas Geis von der Körber-Stiftung auf, der anhand einer qualitativen Studie nachweisen konnte, dass die individuellen Einstellungen zum Alter trotz der skizzierten generellen Veränderungen unvermindert sehr heterogen sind.

Schubladendenken

Er folgerte daraus, dass ein erfülltes Altern nicht in jedem Einzelfall mit einem aktiven Altern gleichzusetzen sei und das mitunter schubladenhafte Festhalten am Generationenbegriff zu Fehlschlüssen führe.

Dem schloss sich auch Maria Weigand, Referatsleiterin für Seniorenpolitik im Bayerischen Sozialministerium,

an. In ihrem Vortrag erläuterte sie unter anderem die Informationsoffensive „Zu Hause daheim“, mit der das Sozialministerium über innovative Wohnkonzepte jenseits der stationären Pflege aufklären will.

Breiten Raum nahm die Erarbeitung der Bayerischen Demenzstrategie ein, mit der die verschiedenen Hilfsmaßnahmen wirksam aufeinander abgestimmt werden sollen.

In der Diskussion wurden auch die Hürden für eine erfolgreiche Seniorenpolitik angesprochen: So engagieren sich beispielsweise viele Senioren für Jugendliche oder im Bildungsbereich, treten aber zu wenig für die eigenen Interessen ein. Erfolgreich ist Seniorenpolitik dagegen unter anderem dann, wenn vermittelt werden kann, dass sie nicht nur einer besonderen Gruppe, sondern der Allgemeinheit dient. Mehrere Tagungsteilnehmer berichteten von ermunternden Beispielen aus der kommunalen Praxis, wo vor allem bei Baumaßnahmen ein Perspektivenwechsel stattfände.

Neue Wohnkonzepte

Die Wohnformen im Alter und das Verhältnis von ambulanter und stationärer Pflege standen auch im Mittelpunkt der Vorträge von Alfred Neuweier, Altenhilfereferent im Landratsamt Aichach-Friedberg, und Sabine Wennig, die die Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung in München leitet.

Was sie zu berichten hatten, konnte fast schwindelig machen – so vielfältig sind inzwischen die Wohnkonzepte. Vom betreuten Wohnen zu Hause über Seniorengenossenschaften, Mehrgenerationenhäuser und ambulant betreuten Wohngemeinschaften bis hin zum Wohnen gegen Hilfe gibt es allein im ambulanten Bereich unzählige Angebote. Die Herausforderung ist dabei die qualifizierte Bera-

tung der Betroffenen, um die individuell passende Lösung zu finden. Das gilt andererseits auch für das statio-näre Wohnen, das ebenfalls stark ex-pandiert und zunehmend durch ge-werbliche Anbieter und Marktmecha-nismen geprägt wird. Deshalb forderte Neumeier: „Eine neutrale Beratung, ohne Verkaufsinteressen und auf den Einzelfall bezogen, ist für mich eine wichtige kommunalpolitische Aufga-be.“ Er beklagte zudem die unzurei-chende Datenlage, da Statistiken – beispielsweise zur ambulanten Pflege – oft sehr lückenhaft und ungenau geführt würden.

Weitere Vorträge und Diskussionen widmeten sich der geriatrischen, haus-wirtschaftlichen und pflegerischen Ver-sorgung alter Menschen. Besonders großen Eindruck bei den Tagungsteil-nehmern hinterließen dabei die Aus-führungen des Chefarztes am Geria-triezentrum Neuburg, Dr. Not-Rupp-recht Siegel. Er beklagte neben der Trennung von Akut- und Rehabilita-tionsgeriatrie vor allem die Mängel in der Aus- und Weiterbildung von Ärz-ten, Pflegern und Therapeuten. So gäbe es in Deutschland lediglich drei Lehr-stühle für Geriatrie, einer davon immer-hin in Bayern. Der tatsächliche Bedarf würde damit jedoch bei weitem nicht gedeckt. Auch die Schilderungen der hohen Dokumentationsanforderungen in der Pflege durch mehrere Referenten stießen auf ein sehr kritisches Echo, denn jede Minute, die für Dokumenta-tion und Verwaltung aufgewendet wer-den muss, fehlt für die Arbeit mit den alten Menschen.

Klinik-Clowns

Einen positiven Kontrapunkt setzte insofern Mirjam Avellis, die sich für den Verein „Klinik Clowns Bayern“ engagierte. Sie verhehlte zwar nicht, dass ihre Arbeit in Kliniken und Seniorenen-heimen mitunter emotional belastend sei, betonte aber zugleich, welch wichtigen Beitrag Humor – und das heißt primär, jemanden in den Arm, nicht auf den Arm zu nehmen – zur Ent-spannung und Stimulation der Abwehr-kräfte leisten könne. Die Tagungsteil-nehmer konnten sich durch praktische Übungen zudem selbst von der befrei-

enden, anregenden Kraft des Lachens überzeugen und staunend beobachten, wie dem Tagungsleiter plötzlich eine Clowns-nase hinter dem Ohr hervorge-zaubert wurde.

Walter Bien vom Deutschen Jugend-institut räumte mit zahlreichen Irrtü-mern und Vorurteilen hinsichtlich der demographischen Entwicklung und den Generationenbeziehungen auf, etwa zur angeblich sinkenden Geburtenrate oder dem mutmaßlich fehlen-

bestand beispielsweise hinsichtlich der Notwendigkeit eines flexiblen Renteneintritts und der Abkehr von den tradierten Altersbildern. Wie ihre Kollegen plädierte auch Brigitte Mey-er für eine Aufwertung des Ehrenamtes: „Die Lebenserfahrung, Vitalität, Kraft und Energie älterer Menschen muss man für die Gesellschaft nutzen. Wir müssen auf die Entwicklungen reagieren.“ Gemeinsam machten die Podiumsteilnehmer zudem auf Defizi-te bei den Pflegeberufen aufmerksam,



Zeichnung: Tomaschoff

den Kinderwunsch vieler Paare. Ge-schickt verband er seine empirischen Befunde zudem immer wieder mit expli-ziten Forderungen an die Politik und Gesellschaft. So plädierte er für die Aufhebung starrer Altersgrenzen bei der Berufstätigkeit, ein regionales Ar-mutsmonitoring oder die stärkere Un-terstützung von Familienarbeit.

Flexibler Renteneintritt

Damit bereitete er den Boden für die Abschlussdiskussion zu den Leitbil-dern für eine gelingende Gesellschafts-politik, an der die Landtagsabgeordne-ten Renate Ackermann (Bündnis 90/ Die Grünen), Konrad Kobler (CSU) und Brigitte Meyer (FDP) als seniorenpoli-tische Sprecher ihrer Fraktionen teil-nahmen. Trotz unterschiedlicher Par-teizugehörigkeit waren sich die Politiker in vielen Punkten einig, kritisierten dieselben Missstände und schlügen ähnliche Lösungswege vor. Konsens

wobei hier die Meinungen mitunter auseinandergingen: Während Renate Ackermann auf die unattraktiven Arbeitszeiten rund um die Uhr und am Wochenende verwies, stellte die Ver-treterin der FDP eher die Vorzüge flexibler Arbeitszeiten in den Vorder-grund. Als Hemmnis bei der Umsetzung zahlreicher Vorschläge erweise sich, so die Abgeordneten unisono, oft deren Finanzierung – Pläne der Sozialpolitiker würden häufig im Haushaltssausschuss gestoppt, und selbst innerhalb der Fraktion falle es angesichts anderer Schwerpunktset-zungen gelegentlich schwer, Mehrhei-ten zu finden.

Ein Fazit lautete daher, zukünftig auch die Haushaltspolitiker zu vergleichba-ren Tagungen einzuladen, damit diese in den Diskussionsprozess frühzeitig einbezogen werden. ■

Jörg Siegmund
(Siehe Presseschau Seite 42)

Kaum vorbereitet auf die neuen Aufgaben

Bedingungen für das Gelingen von Inklusion in der Schule

Das Schlagwort „Inklusion“ ist derzeit in aller Munde. Die UN-Behindertenrechtskonvention hat die allgemeinen Menschenrechte mit Blick auf die besondere Situation von Behinderten ausgelegt. Seit ihrer Ratifizierung durch Deutschland ist sie auch bei uns geltendes Recht. So entstand eine breite Öffentlichkeit, in der die notwendigen Schritte für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen diskutiert werden. Besondere Aufmerksamkeit hat dabei die Weiterentwicklung des Bildungssystems erlangt. Die UN-Konvention fordert in Artikel 24: „Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen“.

Mittlerweile gibt es Stimmen, die sagen, dass die Konvention wohl nie ratifiziert worden wäre, hätte man 2006 bereits realisiert, welche Folgen sie hat. Im bayerischen Landtag erarbeitete eine interfraktionelle Arbeitsgruppe das Gesetz zur Inklusion in der Schule. In Artikel zwei des Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes heißt es seitdem: „Inklusiver Unterricht ist Aufgabe aller Schulen.“

Hölzernes Eisen

Eine Lehrerfortbildung mit der Dillinger Akademie fragte nach den Bedingungen für das Gelingen von Inklusion. Denn obwohl sie mittlerweile als allgemeine Aufgabe anerkannt ist, gibt es bislang kaum Bemühungen, die Schulen und Lehrer auf diese neue Aufgabe vorzubereiten. In Bayern gibt es das Sondermodell der Schulen mit dem „Schulprofil Inklusion“. Dies ist zwar, ebenso wie die Rede von „Inklusionskindern“, ein hölzernes Eisen. Denn es schreibt die Differenzierung und Kategorisierung an einer Stelle fort, an der Gleichheit gefordert wäre. Aber immerhin sei es ein Anfang. Darin waren sich die Referenten der Tagung einig.

Reinhard Lelgemann, Professor für Sonderpädagogik an der Universität Würzburg, sprach von der Schwierigkeit, den Begriff der Inklusion zu definieren.

Hohes Engagement

Aus seiner Sicht ist diese Aufgabe unlösbar. Er hält es für angemessener, weiterhin den Begriff der Integration zu verwenden, da die mit Inklusion angezielte Vollkommenheit und Einheit begrifflich wie sachlich unerreichbar sei. Dennoch wusste er aus der Erfahrung von Modellschulen konkret zu benennen, was eine stärkere Integration für die Schulen erfordert:

- kleinere Klassengrößen
- ein Zwei-Mitarbeiter-System
- Sonderpädagogen im Team,
- die Möglichkeit zur Kooperation mit weiteren besonderen Fachdiensten
- Kooperation mit Eltern und der Gemeinde
- klare schulinterne Regeln.

Immer, so Lelgemann, sei an den Schulen auf dem Weg zur Inklusion ein außerordentlich hohes Engagement zu beobachten gewesen.

Am Begriff der Behinderung entzündete sich im Verlauf der Tagung eine Kontroverse. Während Lelgemann weiterhin eine körperliche Fundierung von Behinderung ausmachte, meinte die Humangenetikerin Sabine Stengel-Rutkowski, dass ausschließlich das soziale Modell von Behinderung angemessen und auch von der UN-Konvention anerkannt sei. Sie berichtete dazu aus ihrer therapeutischen Arbeit mit Kindern mit Down-Syndrom. Sie werden vielfach immer noch als nur eingeschränkt bildungsfähig angesehen. Just diese Sicht ist laut Stengel-Rutkowski aber die Ursache für eine unterfordernde Erziehung dieser Kinder, die sie erst zu geistig Behinderten macht, die sie von sich aus eigentlich nicht sind.

Kampf um Teilhabe

Vier Familien mit Down-Kindern besuchten die Tagung ebenfalls und stellten die beeindruckenden Bildungsbiographien der Kinder vor.

Steffi, eine zwölfjährige Mittelschülerin aus Schwaben, stellte sich gleich selbst vor und nahm die Teilnehmer für sich ein. Auch sie hatte das Down-Syndrom und ist, dank der anspruchsvollen Förderung, unterwegs zu einem guten Schulabschluss. Für die Eltern ist solch ein Weg jedoch damit verbunden, permanent für die Teilhabe ihrer Kinder kämpfen zu müssen. ■

Michael Spieker

„Natur und Gesellschaft werden ausgeblendet“

Experte fordert Systemveränderung der Wirtschaft als Bildungsthema

Die Wirtschaft hat ein schlechtes Image. Das Vertrauen in die Fähigkeit der Marktwirtschaft, eine (leistungs-)gerechte Verteilung des Vermögens zu erzielen, schwindet zusehends. Schließlich ist ohne Effizienz alles nichts wert. Das scheinen starke Argumente für eine Stärkung der ökonomischen Bildung zu sein. In allen Bundesländern gibt es daher einen Kampf um die Ausweitung der Wirtschaftskunde, üblicherweise zu Lasten der Sozialkunde. Auch ein eigener Wirtschaftsunterricht wird vielfach lautstark gefordert. Eine Tagung zur Zukunft der ökonomischen Bildung fragte nach den Hintergründen dieser Bewegung.

Der Hagener Philosoph Kurt Röttgers fragte nach dem Verhältnis von Bildung und Ökonomie und unterschied zunächst ein Ökonomie- von einem Kulturprinzip. Das erste zielt auf den sparsamen Umgang mit Ressourcen: Je schneller und aufwandsärmer man etwas erreicht, desto besser. Das Kulturprinzip hingegen bezeichnet die Suche nach „sinnvollen Umwegen“. Doch kennt auch die Ökonomie das Kulturprinzip, so beim Investieren. Die Kultur machte Röttgers auch als den Ort aus, an dem sich Bildung und Ökonomie treffen könnten.

„Don-Quijoterien“

Mit der postmodernen „Deszentrierung des Menschen“ treffe auch der Bildungsgriff der Tradition nicht mehr zu. Weder könne sie als Einbildung eines göttlichen Funkens, noch als Ausbildung vorhandener Anlagen zutreffend gedacht werden. Wenn das Wesen des Menschen nicht mehr anthropologisch festschreibbar ist, weil der Mensch als soziales Wesen selbst ein Netzwerksbestandteil ist, dann wird Bildung am besten als Abbildung von unterschiedlichen Vermittlungsprozessen gedacht. Das Subjekt wird damit nicht zum Spielball fremder Mächte, aber es wird doch entsubjektiviert.

Asubjektiv ist aber auch die Ökonomie. Das widerspricht zwar der Herangehensweise einer handlungstheoretisch konzipierten Politik, die beispielweise versucht, die Märkte zu beruhigen.



Symbol der Wirtschaftsmacht: die Bankentürme in Frankfurt am Main
Foto: wikimedia

gen. Doch seien dies eh nur „Don-Quijoterien“ der Politik. Ökonomische Bildung bestünde dann darin, das Reflexionspotential auf die mediale Fundierung von Ökonomie und Bildung zu stärken und damit Einsicht in die Veränderbarkeit zu gewinnen.

Für ein „Unterrichtsprinzip der Philosophie“ machte sich auch der Nürnberger Politikdidaktiker Armin Scherb stark. Auch angesichts der Wirtschaft müsse nach dem Warum gefragt werden, statt nur das Wie zu betrachten.

Die Beschränkung des Standardmodells der Ökonomie in der Ökonomischen Bildung kritisierte der Bonner Haushaltsökonom Michael-Burkhard Piorkowski. Nur geldvermittelte Transaktionen finden darin statt, die reiche Produktion außerhalb dieses Bereichs, etwa in Haushalten und Familien, kommt darin gar nicht vor. So wird die Einbettung von Wirtschaft in Natur und Gesellschaft ausgeblendet und deren Übernutzung schon vom Modell her vorgezeichnet.

Dieses beschränkte Modell aber liegt auch derzeit noch vielen Schulbüchern und Materialhandreichungen zugrunde. Dabei widerspricht ihm schon die empirische Evidenz, wonach 60

Prozent der Gesamtarbeitszeit für personale Güter aufgewendet werden und private Güter 60 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmachen.

Der Gelsenkirchener Ökonom Heinz-Joseph Bontrup beklagte ebenfalls die Ein-dimensionalität der Wirtschaftswissenschaften und führte dazu Joan Robinson an. Nicht eine Schwäche der Theorie selbst, sondern eine Änderung des politischen Klimas habe zum Niedergang der Wirtschaftswissenschaften geführt. Während früher soziale Konflikte im Zentrum der Beobachtung standen, war seit dem Ende des 19. Jahrhunderts die Ablenkung von Konflikten en vogue.

Die nüchterne Haltung der ökonomischen und philosophischen Klassiker, die die Ausbeutung anerkannten, ging damit verloren. Ausdruck der primitiv gewordenen Wirtschaftswissenschaft ist die allgemeine Gleichgewichtstheorie und die Ansicht, dass nur mehr der Preis flexibel sein müsse und dann immer eine Lösung gefunden werde.

Wenn das Gleichgewicht einmal nicht gegeben sei, dann wäre wohl der Preis (z.B. der Arbeit) zu hoch.

Gewinn wird vorausgesetzt

Eine weitere Konsequenz ist die Um-drehung der Hierarchie der Wertschöpfungsarten. Statt dass der Gewinn die Restgröße aus Löhnen, Zinsen und Mieten ist, die jeweils Einkommen für den einen und Kosten für den anderen sind, wird der Gewinn in der sharehol-



Heinz-Joseph Bontrup: primitiv gewordene Wirtschaftswissenschaft

der-value-Wirtschaft als feste Größe vorausgesetzt. Anschauliches Beispiel dafür ist die weithin bekannte Äußerung des früheren Chefs der Deutschen Bank, Josef Ackermann, der 25 Prozent Rendite erwartete.

Das neoliberalen Paradigma wollte nur von Löhnen auf Gehälter umverteilen, wofür die Arbeitslosen das unabdingbare Instrument seien, da man anders Löhne nicht senken kann. Auch durch Steuersenkungen werde die Umverteilung zugunsten der Vermögenden gestärkt. Dass aber das Vermögen des einen die Schulden des anderen ausmacht, kommt in Zeiten, in denen überall von Schuldenbremsen gesprochen wird, gar nicht mehr in den Blick.

Schließlich entsteht die Frage, woher überhaupt noch Nachfrage generiert werden kann: Es bleibt allein der Export, über den man noch Gewinne aus dem Ausland holen kann – mit den

bekannten Folgen für das europäische Wirtschafts- und Finanzsystem. Dieses System muss nach Bontrup verändert werden. Weil ihm ein verkürztes Bild der Ökonomie zugrunde liegt, sei dies auch ein Bildungsthema.

Schnittmengen ausmachen

Schüler teilen die Wirklichkeit nicht in unterschiedliche Fächer auf, sondern sie sehen sie als einen Wirklichkeitsraum. So beschrieb der Frankfurter Didaktiker Tim Engartner die Wahrnehmung von Schülern. Die Aufteilung in einen Wirtschafts- und einen Politikunterricht sei schon deshalb kontraproduktiv. Es gelte vielmehr die Schnittmengen sozialwissenschaftlicher Bildung auszumachen und von daher Kompetenzen zur eigenständigen Urteilsbildung zu vermitteln.

Er beschrieb zudem ein Problem der Lehrpraxis in den Schulen: Geringere Budgets etwa für Schulbücher eröffnen ungeprüften Unterrichtsmaterialien die Tore zur Schule. Um den Unterricht aktuell zu halten, greifen Lehrer gerne auf professionell gestaltete, kostenlose Materialien zurück. Diese seien aber oftmals tendenziös und blendeten soziale Probleme aus.



Reinhold Hettke: Schule hat die Aufgabe, „Misstrauen zu fördern“

Dem Lobbyismus in der ökonomischen Bildung widmete sich auch der Bielefelder Wirtschaftssoziologe Reinhold Hettke. Er bezweifelte, ob die oft wiederholte Diagnose, nach der das ökonomische Wissen besonders ge-

ring und förderbedürftig sei, überhaupt stimme. Aus ihr speist sich aber die Forderung nach Unterrichtsstunden für ein Fach namens „Wirtschaft“. Dabei machte er sogar einen „anti-ökonomischen Diskurs“ aus, da die Knappheit von Unterrichtsstunden und Lehrpersonal gar nicht bedacht werde. Zudem sei gar nicht klar, inwieweit sich ökonomisches Wissen in ökonomisches Handeln übersetzt.

Lobbyismus und Zeitgeist

Letztlich sah er in derartigen Forderungen, die etwa in der Umwidmung des Gemeinschaftskundeunterrichts zu einem Fach „Wirtschaft und Politik“ auch schon in einigen Bundesländern Folgen zeitigten, einen Ausdruck von Lobbyismus und Zeitgeist. Wohl sei Lobbyarbeit legal und legitim, doch stehe sie in Konflikt mit der demokratischen Ordnung. Weil sie abhängig ist von ungleichen, vor allem ökonomischen Ressourcen, verzerrt sie das Meinungsbild. „Wer kann schon eine Agentur in Berlin beauftragen?“ fragte Hettke.

In der ökonomischen Bildung beklagte er einen „gewissen Alleinvertretungsanspruch“ der Unternehmerverbände. Wenn ein Mitarbeiter der Industrie- und Handelskammer in eine Schule komme, dann ist er „der Experte“. Wenn aber ein Gewerkschaftsvertreter erscheine, dann gelte der als Interessenvertreter.

Auch den Einfluss der „Arbeitsgemeinschaft Schule und Wirtschaft“ sah er kritisch, denn dort werde nur die Sicht rein unternehmerischer Privatwirtschaft vermittelt. Die Schule aber hätte statt der Vermittlung bestimmter Sichtweisen vor allem die Aufgabe, „Misstrauen zu fördern“. ■

Michael Spieker

Nachhaltigkeit als Aufgabe für die Bildung

25 Jahre sind vergangen, seit der sogenannte Brundtland-Bericht den Begriff „nachhaltige Entwicklung“ definierte als „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ Es ist nicht zu bestreiten, dass dieser Ansatz in einer mehr denn je krisenhaften Gegenwart nach wie vor maßgebend ist. In unserer Tagung wurde der Status und das Potential des Konzepts Nachhaltigkeit mit besonderem Fokus auf seine Vermittlung durch Bildungsstrategien erörtert.

„Nachhaltigkeit“ ist ein gleichermaßen verbreiteter wie unscharfer Begriff. Deshalb scheint es in unserer ökologisch wie ökonomisch krisenhaften Zeit unerlässlich, ihn zu konkretisieren und zu erarbeiten, wie er durch Bildung vermittelt werden kann.

Rolle der Bildung

Der frühere bayerische Kultusminister und jetzige Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung Hans Zehetmair widmete sich dem Thema der Verantwortung und der Verbindung von Nachhaltigkeit mit ethischen Prinzipien. Er betonte, das Zieldreieck der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – bedürfe eines Verantwortungsgefühls des Menschen zu seiner Umwelt, der Menschen untereinander und der heutigen zu den zukünftigen Bedürfnissen.

Dabei sei der Gedanke an kommende Generationen und deren Probleme aus einer gegenwärtigen Lage der relativen Bequemlichkeit einerseits und der Komplexität der globalen Probleme andererseits schwer zu vermitteln.

Er plädierte daher für eine „Wert- und Ethikorientierung“, basierend auf den zusammenwirkenden Prinzipien des „Wissens, Könnens und Wollens“ als Bedingung von Nachhaltigkeit. Das Bedürfnis nach Nachhaltigkeit dürfe sich nicht allein auf wissenschaftliches Know-how verlassen, sondern müsse vor allem normativ artikuliert werden.

Die Rolle der Bildung auch als „Vermittlerin von Herz und Charakter“ sei dabei zentral, wie es in der Bayerischen Verfassung formuliert ist: Der Wandel in Richtung mehr Nachhaltig-



Hans Zehetmair plädierte für eine „Wert- und Ethikorientierung“

Fotos: Haas

keit müsse durch Bildung verständlich und annehmbar gemacht werden, so dass jeder Einzelne seinen Beitrag zu leisten gewillt sei. Nachhaltigkeit bedeute auch Alltagskompetenz und das vorbildhafte Voranschreiten.

Gemischte Bilanz

Martin Gerner erläuterte die komplexen Strukturen der Weltdekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005 bis 2014. Die Dekade hat im Wesentlichen vier Ziele und Arbeitsfelder abgesteckt:

den globalen Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu erweitern; bestehende Bildungsprogramme auf Bildung für nachhaltige Entwicklung umzustellen; die öffentliche Wahrnehmung der Problematik zu steigern und zuletzt Trainings anzubieten, also die Weitergabe der Konzepte sicherzustellen.

Die Dekade ist für eine globale wie regionale Umsetzung und Evaluierung dieser Ansätze zuständig. Gerner skizzierte eine gemischte Bilanz dieser Bildungsoffensive. Während Europa, Nordamerika (mit Ausnahme der USA) und Asien gute Ergebnisse erzielt haben, seien Afrika und Lateinamerika stark im Hintertreffen. Die sehr unterschiedliche Integration regionaler Akteure sei ein Problem. Die Zukunft dieses Projekts nach 2014 bleibe relativ offen und man habe gewiss kein Allheilmittel vorliegen.



Sepp Dürr: „Das westliche Modell bleibt unangetastet und hat eine fatale Anziehungskraft auf expandierende Länder“

Unter dem Titel „Nachhaltigkeit als gesellschaftlicher Auftrag“ wurden unterschiedliche, sich jedoch sehr gut ergänzende Perspektiven diskutiert.

Der grüne bayerische Landtagsabgeordnete Sepp Dürr konstatierte eine „paradoxe Double-Bind-Situation“ zwischen der herrschenden Wachstumsideologie und dem Bedürfnis nach Nachhaltigkeit. Das große Problem sieht er darin, dass das auf Pump finanzierte und ökologisch destruktive

tive westliche Modell des „guten Lebens“ weithin unangetastet bleibe und eine fatale Anziehungs Kraft auf expandierende Länder habe. Gleichzeitig sieht er die Ansätze von und den Willen zu neuen Lebensstilen und Wohlfahrtsmodellen, die etwa auf dem gemeinschaftlichen Nutzen von Gütern und selbsterhaltender Arbeit fußen könnten, in der Gegenwart bereits angelegt.

Der Darmstädter Kulturphilosoph Christoph Hubig entwickelte nachhaltige Handlungsoptionen auf der Basis ethischer Überlegungen heraus, wobei ihm drei Probleme wesentlich erscheinen: Die Frage nach der Regulierung von Wertkonflikten (wie zwischen Umweltqualität und Energiebereitstellung) lasse sich vielleicht durch die Frage nach den sich jeweils verschließenden oder offen bleibenden Handlungsspielräumen beantworten.

„Umweg-Ethik“

Der Umgang mit Unsicherheit – wie in Bezug auf die Folgen des Klimawandels – lasse sich durch die Strategie „Irrtümlich einen Schaden anzuneh-

men, der nicht eintritt, ist günstiger!“ lösen. Jeder Einzelne könne letztlich versuchen, seinen eigenen Lebensstil anzupassen oder aber eine „Umweg-Ethik“ zu praktizieren, also Institutionen zu unterstützen, die Optionswerte zu verfolgen und für einen gerechten Lastenausgleich einzutreten.

Private Haushalte vernachlässigt

Der Bonner Ökonom Michael-Burkhard Piorkowsky griff das in den Wirtschaftswissenschaften noch immer dominante Modell des Geld- und Güterkreislaufs an, das insbesondere für die Haushaltsproduktion blind sei.

Die privaten Haushalte seien die eigentliche strukturgebende Basis der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dynamiken, ihre Arbeit werde aber in der Wissenschaft kaum beachtet und von Größen wie dem Bruttoinlandsprodukt nicht registriert. Dagegen setzte er drei Thesen:

1. „Wirtschaften beginnt nicht mit dem Kauf von Waren, sondern mit der Entwicklung von Bedürfnissen.“

2. „Private Haushalte sind nicht nur Konsumenten, sondern vor allem auch Produzenten.“

3. „Das Wirtschaftssystem ist kein Geld- und Güterkreislauf, sondern ein Durchflusssystem.“

Die Bewusstmachung dieser „Alltags- und Lebensökonomie“ müsse durch Bildung von klein auf verankert werden.

Abschließend wurde die Verteilung der anstehenden Aufgaben zwischen Staat und Gesellschaft debattiert. Der Vorsitzende des Bayerischen Volks hochschulverbandes Karl Heinz Eisfeld sagte, dass Bildung ein wichtiger Aspekt für die „Selbstermächtigung des Menschen“ und das Erzeugen „privater Utopien“ sei, die auf Nachhaltigkeit zielen können. Nachhaltigkeit brauche aber auch Gesetze und Verordnungen, die durch Bildung flankiert werden müssen, wofür besonders Christian Magerl, Vorsitzender des Umweltausschusses im Bayerischen Landtag, vehement warb. ■

Maximilian Aigner



Zeichnung: Tomaschoff

Die Zukunft Europas

Wie geht es weiter mit der Europäischen Union? Kann sie mit ihren jetzigen Kompetenzen und Strukturen künftige Probleme lösen? Brauchen wir die Vereinigten Staaten von Europa? Befinden wir uns mit anderen Weltmächten auf Augenhöhe? Diese Fragen standen im Zentrum unserer Tagung „Zukunft Europa“.

Ingo Friedrich, der frühere Vizepräsident des Europäischen Parlaments, hielt ein flammendes Plädoyer für Europa. Seine Prognosen: Der Euro wird bleiben und es wird keine galoppierende Inflation geben. Die EU und die europäischen Parteien werden weiter an Bedeutung gewinnen. „Wo nationale Lösungen nicht funktionieren, wo uns nicht mehr egal sein kann, was in Griechenland passiert, brauchen wir die EU“, so Friedrich.

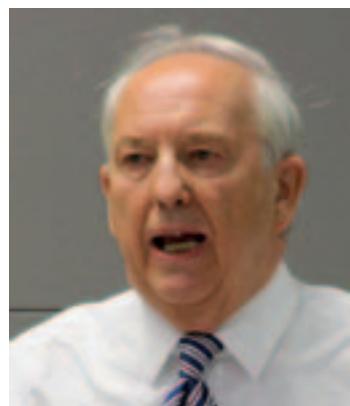
Seine weiteren Thesen: Europa wird immer staatsähnlicher werden. Die Diskussionen über Souveränität, Gemeinwohl und Identität werden weiter geführt.

Wenn Europa sich geostrategisch in der Welt behaupten will, muss eine vertiefte Integration vorangetrieben werden. Europa bleibt ein „geistiger Prototyp für Frieden und Solidarität“, für den es sich einzutreten lohnt.

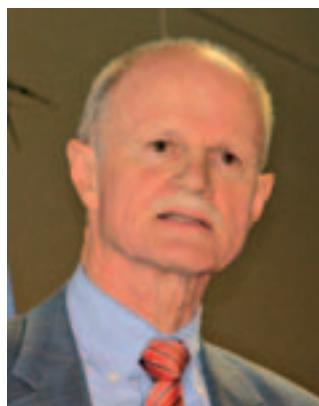
Lehren aus der Geschichte

„Krisen sind der Motor der europäischen Integration.“ Dies war die Kernthese von Heinz-Jürgen Axt von der Universität Duisburg-Essen. Aus der Geschichte ließen sich einige Lehren für den künftigen Integrationsprozess ziehen: Nur schrittweise könnten Erfolge im europäischen Eingangsprozess erzielt werden. Zudem dominiere die Verfolgung nationaler Interessen. Würden Mitgliedsländer durch andere Staaten majorisiert, dro-

he eine Blockadesituation und letztlich Handlungsunfähigkeit. Ein prominentes Beispiel war die Politik des „leeren Stuhls“ durch Frankreich im Jahre 1965. Immer wieder gelänge es deshalb einzelnen Staaten, ihre Sonderinteressen durchzusetzen. Der Briten-Rabatt bei Zahlungen an den EU-Haushalt oder das Outing-Out bei der Wähl-



Voller Leidenschaft für Europa: Ingo Friedrich
Fotos: Haas / Prechtl



Heinz-Jürgen Axt: massive Defizite der verschleppten politischen Integration

rungsunion für Großbritannien und Dänemark seien prominente Beispiele. Nur langsam gelänge es, den Wirkungsbereich von Mehrheitsentscheidungen auszudehnen, denn es dominierten massive Vorbehalte gegen Übertragungen von Souveränität an Brüssel. Spätestens seit der Eurokrise würden aber die massiven Defizite der verschleppten politischen Integration schmerhaft deutlich.

Die Priorität nationaler Strategien zur Krisenbewältigung sei schon frühzeitig zu erkennen gewesen. So sei schon in der Erdölkrisen 1973/74 keine gemeinsame Krisenreaktion der Mitgliedsländer

der verfolgt worden. Europäische Solidarität, u. a. mit den von der Öl-Liefersperre bedrohten Niederlanden, habe gefehlt. Bis heute gäbe es keine wirkliche gemeinsame europäische Energiepolitik.

Fehlende Solidarität

Auch in der Stahlkrise von 1975 seien unterschiedliche Anpassungsstrategien der einzelnen Staaten verfolgt worden, obwohl die Gemeinschaft mit der Montan-Union ein umfangreiches Kriseninstrumentarium besessen habe. Unterschiedliche integrations- und wirtschaftspolitische Leitbilder würden den europäischen Einigungsprozess bis heute prägen. „Zudem hat sich spätestens seit der Europäischen Währungsunion die Differenzierung der EU verfestigt“, meinte Axt.

Gerade weil es sich bei der Europäischen Union um ein einzigartiges Konstrukt handelt, kann deren Zukunft nicht ohne das Wissen um ihre Ursprünge analysiert werden. Deshalb rief auch Matthias Rossi von der Universität Augsburg die An-

fänge des Integrationsprozesses und die Entwicklungen der letzten fünf Jahrzehnte ins Gedächtnis. Besonders betonte er dabei, dass die Europäische Gemeinschaft von vornherein auch als ein politisches Projekt konzipiert war, auch wenn es sich nach der anfänglich starken ökonomischen Ausrichtung erst im Laufe der Zeit tatsächlich in diese Richtung entwickelte.

„Worauf soll die EU hinauslaufen? Könnte, ja vielleicht sollte sie sogar eine Finalität haben?“ fragte Rossi. Er sah allerdings den Zweck der Europäischen Union nicht darin, sich zu

einem „Staat Europa“ zu entwickeln, schließlich gebe es auch kein einheitliches europäisches Volk. „Die EU ist aber auch kein Zweckverband funktionaler Integrität wie in den 70er Jahren.“ Vielmehr sei sie ein supranationales Gebilde, das Hoheitsrechte in bestimmten Gebieten besitze, dabei allerdings immer an die Grundrechte gebunden sei.

Schmerzhafte Anpassungsprozesse

Können Rettungsschirme den Euro retten? Karlhans Sauernheimer von der Universität Mainz kam zu dem Schluss: Ja, wenn sie anders als heute organisiert werden.

Die Sanktionierung von fiskalpolitischen Verstößen habe im Rahmen des alten Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht funktioniert. Da es in der Eurozone keine Wechselkurse mehr gäbe, blieben nur noch die Lohnkosten, um Wettbewerbsunterschiede zwischen den Ländern auszugleichen. Die meisten EU-Südländer stünden jetzt vor solchen schmerhaften Anpassungsprozessen. Die Folge sei, dass die Bevölkerung und die Gewerkschaften beginnen, gegen Europa oder die „Eiserne Kanzlerin“ zu protestieren. Existierten nicht die Unwägbarkeiten der internationalen Finanzmärkte, dann wäre – so Sauernheimer – der Austritt Griechenlands aus dem Euro mit der gleichzeitigen drastischen Abwertung der neuen eigenen Währung der richtige Weg, um das Land mittelfristig aus der Krise zu führen.

Neben der übermäßigen Verschuldung des Staates, aber auch der privaten Haushalte, werden makroökonomische Ungleichgewichte wie hohe negative Salden der Leistungsbilanz als weitere wesentliche Ursache für die gegenwärtige Eurokrise angesehen. Die fiskalischen Vorgaben wurden in jüngster Zeit durch zusätzliche Regeln im Rahmen des Wachstums- und Stabilitätspaktes sowie des Fiskalvertrages verschärft. Zusätzlich will die EU jetzt auch gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen durch eine verstärkt wirtschaftspolitische Koordinierung entge-



„Hoffentlich hält's!“

Zeichnung: Tomicek

gen wirken. Dies wäre zwar ein wichtiger Beitrag zur Stabilisierung der Eurozone, doch die notwendigen Anpassungen müssten die einzelnen Mitgliedsländer selbst durchführen und die jetzt vorgesehene Androhung von Sanktionen dürfte nur begrenzte Wirkung haben, so die zentrale These von Sauernheimer.

Neue Kontrollinstrumente

Überwachungen aus Brüssel seien zwar hilfreich, doch der Mainzer Ökonom machte deutlich, dass selbst eine nationale Wirtschaftspolitik, die den EU-Empfehlungen zufolge, entscheidende ökonomische Stellgrößen nur indirekt beeinflussen könne. Dies gelte beispielsweise für die Lohnentwicklung, die maßgeblich die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes bestimme. Hier spiele der Staat zwar mit den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst eine Vorreiterrolle, doch die Lohnfindung in der restlichen Wirtschaft verlaufe ohne seinen Einfluss.

Die EU habe sich mit den jüngsten Beschlüssen von 2011 ein neues Instrument geschaffen: das Überwachungsverfahren der EU-Kommission zur Evaluierung und Eindämmung makroökonomischer Ungleichgewichte.

Routinemäßig würden fortan die EU-Mitgliedsländer anhand festgelegter Grenzwerte bewertet. Die fünf Grenzwerte beziehen sich auf das Leistungsbilanzsaldo eines Landes, die Nettoauslandsforderungen (jeweils in Prozent der Wirtschaftsleistung) sowie Veränderung des realen effektiven Wechselkurses, der Exportanteile und der Lohnstückkosten. Würden mehrere Werte deutlich überschritten, erfolge seitens der EU-Kommission eine detaillierte Analyse, die ggf. massive Ungleichgewichte feststelle. Es folgten seitens der Kommission und des Rates wirtschaftspolitische Empfehlungen. Nach mehrmaliger Missachtung könnten vom Rat auch Sanktionen beschlossen werden.

Verbesserungswürdige Ansätze

Sauernheimer bewertete den Versuch, im Rahmen einer stärkeren wirtschaftspolitischen Koordinierung ökonomische Fehlentwicklungen zu vermeiden, grundsätzlich positiv. Technische Verbesserungen wären jedoch sinnvoll. Viele Indikatoren seien nicht aktuell genug und vom Bewertungszeitraum her zu kurzfristig angelegt. Zudem sollte stärker auf die innere Konsistenz der Grenzwerte geachtet werden und zusätzlich differenzierte Fi-

nanzmarktindikatoren zur Bewertung herangezogen werden. Das erste Überprüfungsverfahren dieser Art habe die EU-Kommission im Frühjahr 2012 erstellt und für sieben Euro-Länder (Belgien, Finnland, Frankreich, Italien, Spanien, Slowenien und Zypern) Überschreitungen einzelner Grenzwerte festgestellt.

Übermäßige Ungleichgewichte, die ein offizielles EU-Verfahren einschließlich Sanktionen hätten auslösen können, seien indes nicht diagnostiziert worden. Es fehlten bei dieser Analyse allerdings die mit Milliardenbeträgen unterstützten Programmländer (Griechenland, Portugal, Irland), die unter einer gesonderten wirtschaftspolitischen Überwachung der EU-Kommission und des internationalen Währungsfonds (IWF) stehen.

Mehr Kontrolle

Bernd Rudolph, früher an der Universität München und Spezialist für Derivate, forderte zusätzliche Finanzmarktre gulierungen, die über die bisherigen Reformen hinausgehen. Dies gelte vor allem für den sogenannten Schattenbankenbereich, also spezielle Investmentbanken, Zweckgesellschaften und Hedgefonds, in die riskante Geschäfte ausgelagert würden. Zudem müsste nicht nur gegen Bankenpleiten Vorsorge getroffen werden, sondern auch Systemkrisen im gesamten Finanzsektor vorgebeugt werden. Dies impliziere nicht nur die Aufsicht über Banken, sondern auch des gesamten Finanzsystems. Dabei müsse die Scheingenaugkeit einer zu detaillierten Risikobemessung durch qualita-

greifende Regeln – wie eine deutliche Anhebung der Eigenkapitalunterlegung von Banken und Kreditgeschäften – wären sinnvoller als eine ausgefeilte und aufwendige Überwachung des Finanzsektors bis hin zu Einzelgeschäften.

Mehr Bauch und Herz für Europa

Wie demokratische Praxis in Europa gelebt und gestaltet wird, wurde auf dem Podium von den beiden Europa-

sich“, meinte Ertug. Sein Parlamentskollege Weber pflichtete ihm bei: „Europa funktioniert demokratischer, als wir es in Berlin oder München kennen.“

Wir brauchen uns vor niemanden zu verstecken. Allerdings sollte die Exekutive noch stärker demokratisch legitimiert werden.“ Warum die EU dennoch misstrauisch betrachtet wird, sieht Piazolo in einer fehlenden europäischen Identität begründet: „Ein demokratisches Europa funktioniert über Bauch, Herz und Emotionen. Ein



Europa ist mehr als die EU: Fahnen vor dem Gebäude des Europarats in Strasbourg
Foto: Schröder

abgeordneten Ismail Ertug (SPD) und Manfred Weber (CSU) sowie vom bayrischen Landtagsabgeordneten Michael Piazolo (Freie Wähler) diskutiert. Dabei zeigten sich die Politiker trotz ihrer unterschiedlichen politischen

Couleur ungewohnt einmütig: Alle ziehen eine positive Bilanz, stellen aber auch die Probleme heraus, die die komplexe europäische Struktur mit sich bringt.

„Wir sollten als EU-Parlamentarier auch beobachtet werden. Dann weiß man, wer was getan hat. Denn es gibt die Tendenz, dass man negative Entscheidungen gern auf die supranationale Ebene schiebt. Die positiven beansprucht aber die nationale Ebene für

Lösungsansatz wäre ein besseres Zusammenspiel von Politik, Medien und Zivilgesellschaft, um die europäische Kultur besser zu vermitteln.“

Dass Europa nicht losgelöst von nationalen und internationalen Strukturen betrachtet werden kann, zeigte der Politologe Severin Fischer von der Stiftung Wissenschaft und Politik anhand der europäischen Klima- und Energiepolitik. Sie nehme eine Mittlerposition zwischen nationalen Politiken wie der deutschen Energiewende und dem globalen Klimaschutz ein. Die Folge: ein Kampf um Kompetenzen – und andererseits das Wegschieben von Verantwortung und Zuständigkeiten. „Und dabei spielt in der Energiepolitik der Markt die wichtigste Rolle“, meinte Fischer. ■

Sebastian Haas /
Susanne Prechtl /
Wolfgang Quaisser

tive und fundamentale Bewertungen ergänzt werden. In den letzten zwei Jahrzehnten habe man dies vernachlässigt und mehr technischen Modelle der Finanzmathematik Glauben geschenkt. Genau dies sei gehörig schiefliegend gegangen. Robuste, aber durch-

Europapolitik praktisch erleben

Eine neue Politiksimulation der Akademie zur Europäischen Union

Die EU-Richtlinie 2006/66/EG behandelt Inhaltsstoffe von Batterien und Akkumulatoren sowie den Umgang mit Alt-batterien und Altakkumulatoren. Was darf in Akkus enthalten sein und wie sollen diese entsorgt werden? Für Gruppen mit bis zu 60 Teilnehmenden rückt diese zunächst recht trockene Fragestellung drei Tage lang in den Mittelpunkt ihres Interesses – an ihr lässt sich die komplex anmutende Entscheidungsfindung in der Europäischen Union besonders gut veranschaulichen: In der Akademie für Politische Bildung Tutzing können seit Juli 2012 junge Menschen erleben, wie europäische Politikgestaltung in der Praxis funktioniert. Das von unserem Mitarbeiter Robert Lohmann entwickelte Planspiel „EuropaPolitik erleben!“ macht dies anhand der „Akku-Richtlinie“ möglich.

„Sehr geehrte Damen und Herren Minister. Sie haben die Vorschläge der Präsidentschaft des Ministerrats für einen gemeinsamen Standpunkt der Mitgliedsländer der Europäischen Union zur Kenntnis genommen. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Vorschläge. Die Länder werden in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen und Sie sind angehalten, durch ein klares „Ja“ oder „Nein“ Ihre Zustimmung oder Ablehnung zu dem Vorschlag kundzutun. Belgien? ...“

Kontroversen und Kompromisse

Jedes Mal, wenn dieser Satz ertönt, steigt die Spannung im Raum spürbar. Der Ministerrat stimmt über die Kompromissvorschläge ab, die durch lange Diskussionen zustande gekommen sind. Wird es dieses Mal eine Mehrheit geben? Selbst die Präsidentschaft ist sich dessen nicht vollends sicher. „Zypern?“ „Ja!“ Die Spannung weicht, das Ergebnis ist da. Der Ministerrat konnte sich auf gemeinsame Vorstellungen über den Inhalt der neuen Akku-Richtlinie einigen. Spontaner Applaus unter den Teilnehmern. „Jetzt muss nur noch das Europäische Parlament zustimmen“, kommentiert die Ratspräsidentin. Doch dies ist unge-

wiss. Zwischen den Grünen und der Europäischen Volkspartei gab es bereits in der ersten Lesung heftige Kontroversen. Wie das Parlament die Entscheidung aus dem Ministerrat aufnimmt, bleibt zunächst offen.

Komplex und facettenreich

Politikgestaltung auf europäischer Ebene ist eben komplex. Viele Akteure versuchen, ihre Sicht über den richti-

gen Umgang mit der Thematik „Akku“ einzubringen. Die Europäische Kommission, der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament gestalten im Rahmen des „Ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens“ die

Weitere Informationen zur Durchführung der Politiksimulation:
r.lohmann@apb-tutzing.de



Der Ministerrat bei seinen Beratungen

Politik der Europäischen Union durch Richtlinien, die für alle Mitgliedstaaten bindend sind. Interessenvertreter versuchen auf die Entscheidungsfindung Einfluss auszuüben.

Das System der Entscheidungsfindung mit all seinen Facetten kann am besten verstanden werden, wenn es persönlich nachempfunden wird. Dazu dient unsere Politiksimulation „EuropaPolitik erleben!“.

„Parlament erzürnt über die Ergebnisse aus dem Ministerrat“ titelt die Medienvertreterin der Internetplattform „Euractiv“ an der Medienwand. „Die Parlamentarier aller Parteien sehen den gemeinsamen Standpunkt des Ministerrats als einen Affront gegen das Parlament an.“ Eine schnelle Einigung scheint nicht in Sicht.

Individuelle Rollen

Sämtliche Teilnehmenden bei der Premiere der Politiksimulation aus dem Gymnasium Tutzing erhielten vorab Materialien, mit denen sie sich auf das Thema und ihre Rolle vorbereitet haben. Neben grundlegenden Informationen über die EU und über die zu entscheidende Fragestellung erhielt jeder Teilnehmer ein individuelles Rollenprofil. Zwei- bis drei Tage lang wurde verhandelt und diskutiert.

Medienvertreter begleiteten und kommentierten in einer Live-Berichterstattung den Prozess, interviewten die Beteiligten und berichteten aus den formellen Sitzungen der beiden Gremien Europäisches Parlament und Ministerrat, aber auch über zugespielte Informationen aus informellen Gesprächen zwischendurch.

Denn Ziel ist, nicht nur das Wissen über das System der Europäischen Union zu festigen. Vielmehr sollen auch darüber hinaus grundlegende Kenntnisse über politische Prozesse vermittelt und die persönlichen Fähigkeiten jedes Teilnehmers geschult werden – vom überzeugenden Argumentieren bis zum zielorientierten Verhandlungsgeschick.



Medienvertreterinnen berichten aus der Sitzung

Fachvorträge sowie der Besuch von offiziellen Repräsentanten der Union runden die Simulation ab. Und da das Thema aus einer echten Richtlinie der EU stammt, bleibt das Planspiel so nah wie möglich an der Realität.

Keine Einigung

Die Tutzinger Gymnasiasten konnten sich nach zwei vollen Tagen Verhandlungen in den ersten beiden Lesungen nicht einigen. Ein Vermittlungsausschuss musste her. Die letzte Möglichkeit für einen Kompromiss. Dass er zwar ein Ergebnis erzielen konnte,

das Europäische Parlament aber dieser Einigung seine Zustimmung in der dritten Lesung versagt hat, war nur ein kleiner Wermutstropfen für die Schülerinnen und Schüler. Die Ziele der Politiksimulation konnten trotzdem erreicht werden: Die Teilnehmer haben diskutiert, verhandelt und manchmal auch gestritten. Sie haben sich knapp drei Tage lang intensiv mit der Europäischen Union beschäftigt und einen Einblick in diese erhalten. Und sie hatten dabei augenscheinlich auch noch Spaß. ■

Ondrej Kalina/
Robert Lohmann



Das Europäische Parlament versagte seine Zustimmung

Ungewisse Wege

Zwei Tagungen über die Zukunft des Nahen und Mittleren Ostens

Mehr als ein Jahr nach dem Beginn der Umwälzungen in Nordafrika ist der Weg, den die Staaten der Region nehmen werden, keineswegs entschieden. Mit dem Bürgerkrieg in Syrien ist vielmehr ein weiterer unübersichtlicher Krisenherd entstanden. Ähnlich steht es auch um Afghanistan, ein noch immer instabiles Land mit einer ungewissen Zukunft. Unsere Tagungen zeigten die Strukturen und Charakteristika dieser Konfliktregion auf und Experten diskutierten mögliche künftige Entwicklungen sowie das Gestaltungspotential westlicher Akteure im Nahen und Mittleren Osten.

Die internationale Gemeinschaft engagiert sich seit mehr als zehn Jahren in Afghanistan, einem durch die Herrschaft der Taliban zerrütteten Land. Aber der Abzug der internationalen Armeen ist beschlossen. Wie die Zukunft der Einwohner Afghanistans aussieht, bleibt offen.

Thomas Ruttig, Afghanistan-Experte und Gründer des „Afghanistan Analysts Network“ zeigte entscheidende Fehler im politischen Engagement auf, die sich aus seiner Sicht negativ auf die afghanische Gesellschaft ausgewirkt haben. Afghanistan sei aufgrund der Kombination zahlreicher Konfliktlinien im Inneren und falscher Weichenstellungen von Außen erneut zu einem gescheiterten Staat geworden: „Solche Konfliktsituationen sind mit rein militärischen Mitteln nicht zu lösen“. Nur die Afghanen selbst könnten für funktionierende Institutionen sorgen; die Zukunft des Landes läge allein in ihren Händen.

Ungewisse Zukunft in Afghanistan

Diesen Ansatz vertritt auch der Oldenburger Soziologe und Afghanistan-Kenner Michael Daxner. Die gesellschaftliche Ebene sei die Entscheidende. Seiner Meinung nach sollte über einen zentralen Kritikpunkt ehrlicher reflektiert werden: „Wenn wir über Afghanistan sprechen, sprechen wir über uns selbst“, denn die internatio-

nale Gemeinschaft würde Afghanistan und die dort stattfindenden Konflikte quasi erfinden. Genau aus diesem Grund sei das Wissen über die afghanische Gesellschaft – also die Mikroebene der Konflikte – wichtiger als die politischen Debatten, die derzeit – nicht nur in Deutschland – über das Thema geführt würden.



Michael Daxner fordert eine eigenständige deutsche Asienpolitik

Der frühere Berater der afghanischen Regierung zeigte für die Entwicklung des Landes nach 2014 zwei Szenarien auf. Im positiven Szenario stabilisiert sich das Land und wird zu einem Verbündeten des Westens, der sich selbst mit einer Politik der „good-enough-governance“ begnügt und Afghanistan weiter unterstützt. Im negativen Fall wird die Opposition im Land gestärkt und es etabliert sich ein afghanischer Nationalismus, der eine Westbindung ablehnt und eine Abkehr von

der Modernisierung zur Folge hat. Vermutlich, so Daxner, liege die Realität nach dem Abzug der internationalen Truppen irgendwo dazwischen. Gerade Deutschland brauche daher eine eigenständige Asienpolitik.

Die Nachbarn entscheiden

Deutsche Außenpolitik wird auch die Bundeswehr trotz des Abzugs künftig weiterhin einbinden müssen. Oberst Ruprecht von Butler rückte in seinem Vortrag die Nachbarstaaten Afghanistans in den Blickpunkt. Aus seiner Sicht sind es Pakistan, Iran und China, aber auch Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, die nach 2014 über die Zukunft des Landes entscheiden werden. Umso mehr Augenmaß sei daher bei der Hilfe, die man den Afghanen zukommen lässt, gefordert: Wichtig sei es, stets die lokalen Konfliktlinien genau zu kennen, bevor man dem einen hilft, den anderen jedoch vergisst.

Der Prozess der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die neu ausgebildeten afghanischen Streit- und Polizeikräfte sei als positiv zu bewerten. Von Butler plädierte jedoch für „die Zeit danach“ für kleinere Ziele der deutschen Afghanistanpolitik und für ein größeres ziviles Engagement.

Pattsituation in Syrien

Gemeinsam mit dem Landesverband Bayern der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen blickte eine Tagung auf den Transformationsprozess der nordafrikanischen Staaten. Der Münchener Historiker und Politikberater Martin Pabst vertrat die These, dass der vollständige Umbruch in der arabischen Welt unaufhaltsam sei, ob dies jedoch zu einer schnellen Demokratisierung führen würde, sei absolut offen. Gerade im Fall Syrien zeige sich eine Patt-Situation: Zwar sei die Regierung in der Lage, die Revolte

einzuämmen, aber nicht sie zu beenden. Die Rebellen ihrerseits seien aber auch nicht fähig, die Regierung zu stürzen. Mit Blick auf die Möglichkeiten ausländischer Interventionen müsste als absolut entscheidend gelten, dass die Staatengemeinschaft ebenso Druck auf die kompromisslose und gewalttätige Opposition mache. Dass dies nicht gesehen würde, so Papst, sei ein wesentlicher Makel der diskutierten Vorschläge. Als Resultat drohe der syrische Staat in seiner heutigen Form zu zerfallen.

Ein anderes Bild zeichnete der Politologe Edmund Ratka von der Universität München für Tunesien. Er sprach von einem „Hoffnungsanker“ und einem „Laboratorium der arabischen Demokratie“. Warum? Der politische Übergang, die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Politisierung des öffentlichen Raumes ließen sich als überaus erfolgreich werten. Denn das Land sei klein und politisches Arbeiten effektiver möglich. Auch der Bildungsgrad sei relativ hoch und die kulturelle sowie ökonomische Orientierung an Europa stark.

Ägyptische Zeitenwende

Eine Innenansicht der Umwälzungen in Ägypten lieferte Heba Ahmed von der FU Berlin. Sie ist Mitglied der dortigen Protestbewegung der Jugend und sieht in der Revolte eindeutig eine „politische Zeitenwende“. Es sei gelungen, eine Repolitisierung und Wiedergewinnung der Straße – die vorher ein „Raum der Angst“ war – durch einen relativ säkularen und demokratischen Kampf zu erreichen. Dennoch stünde Ägypten weiter vor zentralen Herausforderungen, die es zu lösen gilt: etwa die steigende Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegen Demonstranten durch die Militärpolizei; den immer noch großen Einfluss korrupter und staatlich beeinflusster Medien oder den undurchsichtigen Transformationsplan. Er gibt dem Präsidenten eine große Machtfülle in die Hand und lässt die Regulierung des Arbeitsrechts und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sehr offen.

Post-Islamismus

Neben den ökonomischen Vorbedingungen und Konsequenzen ging der Politikberater und Risikoanalyst Heinrich Matthee der Frage nach, wie es um die Entwicklung eines moderaten „Post-Islamismus“ stehe, dessen Erstarken befürchtet wird. Er weise Tendenzen von Pluralismus, Toleranz und Offenheit auf, sei sensibel für Frauenrechte und individuelle Freiheiten und unterziehe den Koran einer historisierenden Lektüre. Matthee ist diese Sichtweise zu optimistisch. Durch Umfragen lasse sich belegen, dass persönliche Freiheiten und Pluralismus zwar gewünscht seien, gleichzeitig wollten aber große Teile der Bevölkerung den Islam weiterhin als

staatliches und rechtliches, nicht nur als soziales Prinzip fixiert wissen. In Tunesien stünden die Chancen einer post-islamistischen Wende unterdessen freilich besser als in Ägypten.

Vergessene Kultur

In beiden Tagungen kam auch die Kultur der Region nicht zu kurz, die angesichts der aktuellen Nachrichten von Krieg und Gewalt oft in Vergessenheit gerät. Leila Noor, eine heute in Bremen lebende Afghanin und Tochter des letzten frei gewählten Bürgermeisters von Kabul, versucht den Menschen auf ihrem ganz eigenen Weg die Kultur ihres Heimatlandes näher zu bringen und eine Brücke zwischen Orient und Okzident zu schlagen: Sie entwirft moderne Kleider mit klassischen afghanischen Mustern und präsentiert diese weltweit im Rahmen von Benefizveranstaltungen. Mit dem Erlös, vielen Spenden und der Unterstützung ihres Vereins „Independent Afghan Woman Association e.V.“ (IAWA) baut sie in den ärmsten Regionen Afghanistans

Mädchen Schulen auf und fördert so die Bildung junger Frauen. Mitreißend war auch das kleine Konzert des syrischen Musikers Samir Mansours, der eine Kostprobe seiner Spielkunst auf der arabischen Laute gab und die Tagungsgäste mit einer Mischung aus arabischen, klassisch-europäischen und andalusischen Klängen bestens unterhielt.



Leila Noor fördert mit ihrer Stiftung Mädchenschulen in Afghanistan
Foto: wikimedia

Der Nahe und Mittlere Osten wird auch in Zukunft Thema in unseren Veranstaltungen sein. So ist die Akademie Kooperationspartner im Rahmen eines Young Leaders Forum mit dem Titel: „Leading Change Across the Mediterranean“. Das Forum ist ein einjähriges Workshop-Programm, dessen Ziel es ist, junge Führungskräfte der arabischen Transformationsstaaten mit jenen aus Europa zusammenzubringen, um gemeinsam über Strategien zu reflektieren, die den Transformationsprozess politisch, ökonomisch und sozial begleiten können.

Schwerpunkte sind der Dialog über regionale Kooperationen und die Frage, wie diese sinnvoll ausgebaut werden können. Die Teilnehmer des Forums werden im April 2013 in der Akademie für ihr zweites Treffen zusammenkommen. Weitere Treffen finden und finden in Kairo und Tunis statt. ■

Maximilian Aigner /
Anja Opitz /
Christian Storch

Beginn eines schwierigen Dialogs

Deutsch-chinesische Konferenz über Vernunft und Moral

Die Frage nach einer Fundierung von Vernunft und Moral ist unzeitgemäß. Seit dem 19. Jahrhundert gilt es als weitgehend ausgemacht, dass Wissen und Handeln zwei gänzlich unterschiedlichen Bereichen angehören. Ebenso gilt es als geklärt, dass selbstverständlich die Praxis entscheidend und dass die Theorie ihr unterzuordnen sei. Doch die Trennung von Theorie und Praxis tut beiden Bereichen nicht gut: Handeln ohne Vernunft und abstraktes Denken sind ihre Folgen.

Noch komplizierter wird die Frage nach einem Fundament von Vernunft und Moral, wenn man ihr aus unterschiedlichen kulturellen Traditionen begegnet. Vor diesem Hintergrund initiierte eine Tagung, die die Akademie gemeinsam mit der International Confucian Association (ICA) mit Sitz in Peking, der Gesellschaft für interkulturelle Philosophie und der Universität Köln durchführten, einen Dialog zwischen deutscher und konfuzianischer Philosophie.

Hans Maier sprach in seinem Grußwort von der Bedeutung Chinas und Konfuzius für die europäische Aufklärung. Teng Wensheng, Vizedirektor der ICA und hoher chinesischer Parteifunktionär, sah in der Rückbesinnung auf den Konfuzianismus gar eine Ressource zur Lösung der Probleme der „ökonomischen Globalisierung und des Neoliberalismus“, wobei undeutlich blieb, ob er darin ein Problem des Westens oder Chinas sah.

Renaissance des Konfuzianismus

Lange Zeit als überkommen geschmäht, erlebt der Konfuzianismus in China seit Mitte der 1980er Jahre eine Renaissance. Institute wurden gegründet und Reden werden mit Konfuzius-Zitaten versehen. Auf Konfuzius wird die Eigenständigkeit einer chinesischen Tradition begründet, von dort aus soll die Auseinandersetzung mit anderen Traditionen erfolgen. In Tuzing zeigten sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Claudia Bickmann von der Universität Köln stellte gleich zu Beginn eine entscheidende Frage. Dabei ging sie von der Tatsache aus, dass die moderne chinesische Philosophie just auf der Suche nach einem gemeinsamen Grund für Vernunft und Moral ist, wäh-

kens nicht wieder als unterschiedliche Ausdrucksweisen der einen menschlichen Vernunft begreifen? Es gälte dann, wieder nach einem unbedingten Grund zu suchen, der das menschliche Selbst und die Welt zusammenhält. Sie führte dabei auch Platons Höhlengleichnis an, das die Notwendigkeit der Erkenntnis eines gemeinsamen Grundes von Denken und Handeln versinnbildlicht. Danach ist politische Führung ohne Erkenntnis des bestimmenden Prinzips, das Denken und Sein sowie Natur und Geist vereint, nicht in der Lage eine politische Ordnung zu errichten, die die Welt insgesamt und die Einzelnen in eine harmonische Zusammenstimmung bringt.



Standbild des Konfuzius in Berlin
Foto: wikipedia commons

rend die westliche Philosophie der Gegenwart in ihrer „skeptischen, relativistischen und wissenschaftsorientierten Haltung“ tief verunsichert sei. Müssen wir die unterschiedlichen Kompetenzen des Handelns sowie des theoretischen und spekulativen Den-

Ungewollte Dichotomien

Harmonie war dann auch das Stichwort zahlreicher chinesischer Beiträge der Tagung, und zwar in dreifacher Bedeutung: als Harmonie des Menschen mit sich selbst, als Harmonie untereinander und als Einklang von Mensch und Natur. Allerdings unterschied sich die Grundlegung doch prinzipiell, denn was in den Augen vieler westlicher Teilnehmer eine Frage von Vernunft und Methode war, das galt in chinesischen Beiträgen als Sache des unmittelbaren Gefühls und der Tradition.

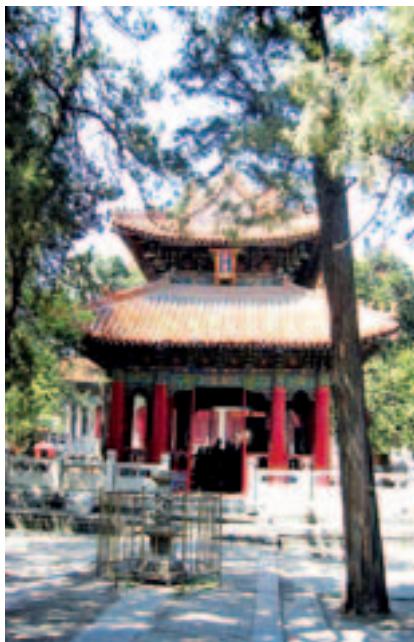
Hier steht das Gespräch zwischen den Traditionen erst am Anfang. Denn womöglich bringt die Übersetzung chinesischer Konzepte ungewollt

Dichotomien mit sich, die in den chinesischen Begriffen gar nicht mitgedacht sind. Ebenso wie andererseits das Verständnis von „westlichem Rationalismus“ die unterschiedlichen Konzepte von Vernunft im westlichen Kontext übergeht.

Ein gemeinsames Thema war etwa die Menschenwürde, verstanden als die Würde jedes einzelnen Menschen, als unvergleichlichem und unbedingtem Maßstab guter politischer Ordnung.

Taoismus und Feudalismus

Shan Chun von der China University of Political Science and Law zeigte konfuzianische Quellen für die Menschenwürde auf, die in der Moralfähigkeit des Menschen begründet liegt. Vor diesem Hintergrund meinte er, dass



Der Konfuziustempel in Qufu

auch der (falsche) Eindruck, Konfuzianismus und Taoismus stünden in Komplizenschaft mit feudalistischen Diktaturen, schon ein Ausdruck der Bedrohung menschlicher Würde sei. So lenkte er den Blick auf die Verbindung von richtigen Begriffen und guter Praxis.

Das Interesse am Austausch war auf beiden Seiten groß. Mit einer Verständigung über die Methoden zur Erforschung von Wissen und Moral soll der begonnene Dialog fortgeführt werden. ■

Michael Spieker

Großes Interesse an westlicher Philosophie und politischer Bildung

Eindrücke von einer Vortragsreise in China

Staatlich finanziert und doch frei und unabhängig in Themenwahl und -gestaltung? Für die Zuhörer aus dem Fachbereich für Marxismus und politische Erziehung der Northern China University of Technology in Peking war diese Beschreibung der Akademietätigkeit derart bemerkenswert, dass man noch am Tag nach dem Vortrag über „Politische Bildung in Deutschland“ im privaten Gespräch nachfragte, ob das wirklich stimme.

Auf Einladung der International Confucian Association reiste unser wissenschaftlicher Mitarbeiter Michael Spieker Ende Oktober zu zwei Vorträgen und Gesprächen nach Peking und Qufu, der Geburtsstadt Konfuzius'. Das Interesse an Inhalten und Organisation politischer Bildung ist unter den Akademikern groß.

Politische Erziehung hat einen großen Stellenwert. An der Universität sind Kurse für alle Studenten verpflichtend und der Karriereweg innerhalb der Kommunistischen Partei wird auch als Erziehungsweg verstanden und gestaltet. So hat auch der neue Generalsekretär und künftige Staatspräsident Xi Jinping einst als Parteisekretär auf dem Lande seine Karriere begonnen.

Neuordnung der politischen Erziehung

Mit dem rasanten Wandel der Gesellschaft stellt sich nun auch die Frage nach einer Neuordnung der politischen Erziehung, die bislang als Staatspädagogik angelegt war.

Intensive Diskussionen und Nachfragen über die Entwicklung des Sozialstaats, die Rolle der Religion und dem Neoliberalismus in Deutschland und China bestimmten die Gespräche. Auch die Frage, wie politische Bildung in einem freien System gelingen kann, in dem niemand gezwungen wird, sich für Belange der Allgemeinheit zu interessieren.

Eine Konferenz zu Fragen globaler Ethik führte schließlich zum Nishan College, das nahe bei der Höhle, in der Konfuzius geboren wurde, errichtet wurde. Hier entsteht seit einigen Jahren ein groß dimensioniertes konfuzianisches Studienzentrum.

Die Diskussionen waren bemerkenswert frei. Die Philosophie zeigte dabei auf das deutlichste ihr kritisches Potential. So war beispielweise die Rede von der konfuzianischen Herrscherethik und den Regeln guten Regierens.

Die Darstellung der 2500 Jahre alten Theorie wurde dann mitunter nur knapp mit der Bemerkung kommentiert, dass etwa die Auswahlmechanismen für den neuen Parteichef mit diesen Maßstäben nicht übereinkommen.

Sogleich entstand unter den chinesischen Teilnehmern eine intensive Diskussion, wie auch sonst immer dann, wenn Kritisches gesagt wurde.

Gegensätze

Wie groß der Abstand zwischen der wissenschaftlich vorgezeichneten Ordnung und den Zuständen „in der Welt“ auch und gerade in China ist, machte dabei schon ein kleiner Spaziergang um das College deutlich. Während drinnen über die Einheit von Mensch und Natur, über die Notwendigkeit der Achtung unterschiedlicher Lebenswege und die Tugend der Bescheidenheit (und das auch noch im Kontext einer globalisierten Welt) gesprochen wurde, zeigte sich draußen das China der Gegenwart: Ein kleiner

verfallender Weiler ohne befestigte Nebenwege, wo die Alten wie eh und je am Straßenrand hocken, wo auf kleinteiligen Feldern die unterschiedlichsten Früchte angebaut werden und

wo der westliche Besucher noch mit Freude und Lachen betrachtet wird. Ein weiteres Dorf in der Nachbarschaft ist bereits dem Erdboden gleichgemacht worden, denn einige Kilometer

weiter wurde eine neue Stadt mit mehrstöckigen Mietshäusern gebaut. Dort hin sollen alle Bewohner umziehen, die Felder werden dann mit Monokulturen bepflanzt. ■

Michael Spieker

Stand und zukünftige Tendenzen

Spiekers Besuch an der Northern China University of Technology wurde auch auf deren Homepage resümiert (Übersetzung aus dem Chinesischen): „30. Oktober 2012. Auf Einladung unseres Instituts für ideologische, kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung kam Herr Dr. Michael Spieker vom deutschen Institut für Politische Bildung Tutzing zu einem Austauschbesuch an unsere Schule. Am Nachmittag hat Herr Dr. Spieker, einige Lehrer unseres Instituts für marxistische Theorie und einige Mitglieder der Gruppe für ideologische und

kulturelle Qualität der Lehre zu Fragen der politischen Bildung eine Forumsdiskussion veranstaltet.

Der Direktor der Forschungsabteilung für ideologische und politische Theorie, Professor Qin Zhiyong stellte die Bedingungen vor, unter denen sich die Forschung und Lehre der politischen/volksbürgerlichen Bildung an unserer Schule entwickelte. Herr Dr. Spieker und die teilnehmenden Wissenschaftler haben den Ursprung und die Entwicklung der politischen Bildung besprochen, ihre Reichwei-

te und inhaltliche Wandlung diskutiert. Außerdem wurden der aktuelle Stand und zukünftige Tendenzen in der chinesischen und deutschen politischen Bildung besprochen, sowie ein Vergleich zwischen ihnen unternommen und weitere Fragen diskutiert. Außerdem schenkte Herr Dr. Spieker unserer Schule seine Forschungsarbeit.

Beide Seiten möchten den Austausch und die Zusammenarbeit in der Forschung weiter stärken und bekundeten einander ihr großes Interesse.“



Die Teilnehmer der deutsch-chinesischen Konferenz am Nishan College

Fotos: privat

Deutschland auf der Weltbühne

Internationale Beziehungen und Völkerrecht in Geschichte und Gegenwart

Sein Fall der Berliner Mauer hat sich die Rolle Deutschlands in der Welt grundlegend verändert. Sie schwankt zwischen einer angetragenen Führungsrolle in Europa und der Einbettung in das System internationaler Bündnispolitik. Unsere interdisziplinäre Tagung untersuchte Grundlagen und aktuelle Probleme.

Als die Mauer am 9. November 1989 fiel, war sie schon längst nicht mehr der furchterregende „antifaschistische Schutzwall“. Bereits in den Wochen zuvor war vor allem durch die Fluchtmöglichkeit für DDR-Bürger über Ungarn ein Loch in die Mauer gerissen worden.

Der damalige Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, der frühere Staatssekretär Franz Bertele, erklärte dazu: „Schon seit dem 4. November 1989 haben wir in der Prager Botschaft Zugtickets in den Westen verteilt – für Zehntausende.“

Der Vortrag von Bertele bildete den Auftakt einer interdisziplinären Tagung an der Akademie, bei der die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in historischer, völkerrechtlicher und politikwissenschaftlicher Perspektive betrachtet werden sollte.

Bertele, der 1960 in den Auswärtigen Dienst kam und neben seiner Station in Ost-Berlin auch als Botschafter in Warschau und Tel Aviv sowie im Auswärtigen Amt tätig war, hatte somit die Außenpolitik der Bundesrepublik nicht nur erlebt, sondern aktiv mit gestaltet. Der Fall der Mauer stellte dabei einen der Höhepunkte seines Berufslebens dar. Noch heute ist bei ihm die Dankbarkeit über die friedlich verlaufene Revolution in der DDR spürbar: „Wäre Honecker zu dieser Zeit im Vollbesitz seiner Kräfte gewesen“,

so Bertele, „hätte es anders ausgehen können, hätte es den Schießbefehl geben können. Dass stattdessen Egon Krenz das Sagen hatte, der nicht aus diesem Holz geschnitten war, ist ein Wunder der Geschichte, für das wir dankbar sein sollten.“



Franz Bertele (rechts) schraubte am 2. Oktober 1990 eigenhändig das Schild an seinem Dienstgebäude ab

Foto: ADN, Bundesarchiv
Bild 183-1990-1002-018

Bertelles Beitrag bildete das gelebte Gegenstück zur wissenschaftlichen Betrachtung der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland durch den Historiker Ulrich Lappenküper. Dieser zeichnete die Phasen der westdeut-

schen Außenpolitik nach: von der Wiedererlangung einer Teilsouveränität nach der Gründung der Bundesrepublik über den internationalen Bedeutungszuwachs nach Abschluss der Ostverträge und der Aufnahme in die Vereinten Nationen bis hin zur neuen außenpolitischen Rolle des vereinigten Deutschlands.

Wichtige Flexibilität

Der Rolle Deutschlands als Akteur im heutigen internationalen System nahm sich der zweite Teil der Tagung an. Reinhard Meier-Walser von der Hanns-Seidel-Stiftung sieht in der deutschen Politik schon lange eine flexible europäische Außenpolitik, die fest in der westlichen Sicherheitsarchitektur verankert ist. Gerade die Flexibilität sei hier eine wichtige Komponente, denn ob in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen oder einer globalisierten Sicherheitspolitik, je nach Blickwinkel und Themenfeld würden andere Partner relevant und neue Bedrohungsszenarien möglich.

Deutschlands Außenpolitik sieht sich also verschieden Fragestellungen gegenüber: China als wichtigster Handelspartner? Bedrohung durch Unruhen am Horn von Afrika, in Afghanistan, Libyen oder Syrien? Energieversorgungssicherheit? Migration? Klimawandel? Internationaler Terrorismus?

Im Rahmen eines Workshops unter der Leitung von Dirk Schuchardt von der Akademie zur Information und Kommunikation der Bundeswehr in Strausberg wurde daher das Thema Libyen aufgenommen und gemeinsam mit den Teilnehmern die Frage diskutiert, ob hier ein Testfall für die Handlungsfähigkeit

einer deutschen Außenpolitik vorliegt. Die Erwartungen an Deutschland, gemeinsam mit den europäischen Partnern glaubwürdig auf dem internationalen Parkett zu agieren, sind hoch. Umso mehr enttäusche das Handeln Deutschlands in der Libyenfrage. So habe man heute eher „Angst vor deutscher Inaktivität“, meinte auch Patricia Daehnhardt von der Universität Lissabon.

Deutschland als Anker

Gemeinsam mit Andreas Maurer vom German Institute for International and Security Affairs in Brüssel und Reinhard Meier-Walser diskutierte sie auf einem Podium zur Zukunft der deut-



Patricia Daehnhardt sieht „Angst vor deutscher Inaktivität“

Fotos: Haas

schen Außenpolitik. Für alle drei ist klar: Deutschland muss innerhalb der bestehenden Strukturen eine neue Rolle finden – hin zum Lieferanten von Sicherheit in Europa. Angst vor Kritik, so Meier-Walser, bräuchten wir nicht zu haben, denn „egal wie wir handeln: Es wird sie immer geben“.

Andreas Maurer aber relativiert: „Wenn zwei von 27 EU-Außenministern für eine deutsche Führung plädieren, ist das noch lange keine Mehrheit. Der Vertrag von Lissabon regelt die Führung in der EU durch die drei Präsidenten, und wenn Frau Merkel da mitmischen will, dann sieht sie im Moment, was sie davon hat.“ Die USA bie-

ben zwar wichtigster sicherheitspolitischer Partner. Durch ihre Orientierung in Richtung Pazifik bliebe jedoch Deutschland als Anker in Europa ertster Ansprechpartner – denn im Gegensatz zu Frankreich und Großbritannien ist es voll in die Strukturen von EU und NATO integriert. Da in



Andreas Maurer: „Wenn Frau Merkel in der Führung der EU mitmischen will, dann sieht sie im Moment, was sie davon hat“

naher Zukunft auch mit militärischen Konflikten um Ressourcen wie Gas, Öl und Wasser zu rechnen sei, seien zudem intensive Beziehungen zu Russland, der Türkei, in den Nahen Osten und Nordafrika eminent wichtig.

Für die rechtliche Ausgestaltung der Außenpolitik mittels des Völkerrechts sind die Maßgaben der Verfassung zu beachten. „Das Grundgesetz ist eine völkerrechtsfreundliche Verfassung“, sagte Bardo Fassbender, Professor für Internationales Recht an der Universität der Bundeswehr in München. Die Wichtigkeit des Völkerrechts hatte Carlo Schmid 1948 im Parlamentarischen Rat mit Worten betont, die immer noch treffend sind: „Wir sollten uns (...) selber die Tore in eine neugegliederte überstaatliche politische Welt weit öffnen. Wir wollen uns nichts vormachen: In dieser Zeit gibt es kein Problem mehr, das ausschließlich mit nationalen Mitteln gelöst werden könnte“.

Das Völkerrecht wurde tatsächlich zu einem unverzichtbaren Instrument

deutscher Außenpolitik zwischen 1949 und der Einheit 1990, wie Fassbender in einem historischen Überblick nachzeichnete: Die Westintegration und die Wiedererlangung der staatlichen Souveränität zwischen 1949 und 1955, für die 1950 einsetzende Europäische Einigung, auch die „Neue Ostpolitik“ Willy Brandts in den 1970er Jahren sowie für die Wiedervereinigung fanden im Völkerrecht Struktur und Rahmen.

Bedeutungsverlust des Völkerrechts

Für die Zeit nach 1990 sieht Fassbender jedoch eher einen Bedeutungsverlust des Völkerrechts. Grund dafür sei insbesondere, dass wichtige Ziele deutscher Außenpolitik erreicht worden waren. Die heutige Situation ist, so Fassbender, durch „Egoismus, Gemeinsinn und Bündniszwänge“ gekennzeichnet. Eine Form von völkerrechtlichem Egoismus läge etwa in den



Bardo Fassbender: „Egoismus, Gemeinsinn, Bündniszwänge“

Bemühungen der Bundesrepublik um einen ständigen Sitz in UN-Sicherheitsrat. Gemeinsinn fände einen Ausdruck im Engagement Deutschlands für den Internationalen Strafgerichtshof und in seinen Klimaschutzbemühungen. Als Beispiel für Bündniszwänge nannte Fassbender die NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien und den Bundeswehreinsatz in Afghanistan. ■

*Gero Kellermann /
Michael Mayer /
Anja Opitz*

Vor 50 Jahren:

Konferenz in Tutzing zur Raumordnung für den Großraum München

„Freiheit kann durch Unordnung zerstört werden, daher ist Planung notwendig. Vernünftig und vertretbar wird Planung jedoch nur, wenn sie angelegt ist auf freiheitliche Ordnung.“ An diesem Diktum des ersten Akademiedirektors Felix Messerschmid orientierte sich die erste wie alle folgenden Konferenzen zur „Raumordnung und Landesplanung“ in der Akademie.

Die in den vorangegangenen Jahren immer dringlicher gewordenen Ordnungsprobleme einer Raumordnung und Landesplanung sind Ende Oktober 1962 erstmalig in einer prominent besetzten Studienkonferenz am Beispiel des südlichen Großraumes München und einiger oberbayerischer Landkreise in der Tutzinger Akademie behandelt worden. Unter den Tagungsgästen waren der damalige Landtagspräsident Rudolf Hanauer und Münchens Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel.

Im Juli 1962 war von einigen CSU-Abgeordneten ein Antrag im Bayerischen Landtag eingebracht worden, in dem die Bayerische Staatsregierung ersucht wurde, „für den Großraum München im Interesse einer den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Erfordernissen entsprechenden Raumordnung ... Pläne aufzustellen...“.

In der Landeshauptstadt debattierte man 1963 den ersten Münchner Stadtentwicklungsplan. Er formulierte grundlegende Ordnungsvorstellungen für die strukturelle und funktionale Gliederung Münchens und bestimmte maßgeblich dessen weitere Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund vollzog sich auf der Tutzinger Konferenz vom Oktober 1962 ein intensiver Gedankenaustausch. Als wesentliche Gesichtspunkte wurden dabei von den Referenten hervorge-

hoben: anhaltend hoher Zuzug in den Großraum München und damit ein weiterer massiver Anstieg der Bevölkerungszahl; Anziehungskraft des hohen Freizeitwertes Münchens; zunehmende Wohnungsnot; erhöhtes Pendleraufkommen und steigende Verkehrsichte; Verknappung des Grundstücksangebotes; außerordentliche Grundstücksspekulation; das Entstehen von Schlafstädten. Alles Stichpunkte, die bis zum heutigen Tage nichts an Aktualität eingebüßt haben.

Als Ergebnis wurde die „Tutzinger Entschließung zur Raumordnung“ festgehalten. Über diese Konferenz hinaus haben seither Probleme der Umweltgestaltung, der Raumordnung, des Städtebaus, der Landesplanung, der Verkehrspolitik sowie der Kommunalpolitik einen hohen Stellenwert innerhalb der Akademiearbeit.

Langwierige Verhandlungen

Es sollte dann allerdings noch bis zum 8. April 1965 dauern, bis man sich nach langwierigen Verhandlungen auf ein bundesdeutsches Raumordnungsge- setz einigen konnte. Darin wurden die Aufgaben, Ziele und Grundsätze der Raumordnung für die Bundesrepublik niedergelegt. ■

Steffen H. Elsner



Der Münchner Stadtentwicklungsplan von 1963 mit dem geplanten Hauptstraßennetz
Foto: wikimedia, Stadtplanungsamt München

Rezensionen Neuerscheinungen Publikationen



Stefan Köppl / Uwe Kranenpohl (Hrsg.)
Konkordanzdemokratie
Ein Demokratietyp der Vergangenheit?
(Tutzinger Studien zur Politik)
NOMOS, Baden-Baden 2012, 444 S.
ISBN: 978-3-8329-7066-6

Mit dem Band „Konkordanzdemokratie“ widmen wir uns einem Regierungsmechanismus, der gerade in Zeiten der schwelenden Krisen in der Europäischen Union nicht aktueller sein könnte. Das Ordnungsmodell der Konkordanzdemokratie hat sich seit den 1960er Jahren als gleichwertiger Idealtyp neben der Westministerdemokratie im wissenschaftlichen Diskurs etabliert. Allerdings schwächen sich konkordanzdemokratische Arrangements seitdem deutlich ab – das gilt sogar für den „Paradefall“ Schweiz –, oder scheinen sogar weitgehend erodiert zu sein. Dennoch gehört konsensorientiertes Handeln in vielen Ländern weiterhin zum Verhaltensrepertoire der Akteure, und konkordante Strukturen werden immer wieder als Instrumente der Konflikt-dämpfung in heterogenen Gesellschaften gesehen.

Der Band untersucht in Fallstudien und vergleichenden Analysen, wie sich einerseits die klassischen Konkordanzdemokratien entwickelt haben. Andererseits werden seit den 1990er Jahren Konkordanzstrukturen aber auch als Option zur Befriedung multiethnischer Gesellschaften angesehen. Durchgehende Themen sind außerdem die Ursachen der Veränderungen sowie die daraus folgenden Anpassungsprozesse unter gewandelten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.



Stefan Köppl (Hrsg.)

Was hält Gesellschaften zusammen?
Ein internationaler Vergleich
Springer VS, Wiesbaden 2013, 220 S.
ISBN 978-3-531-16335-2

Zahlreiche Gesellschaften dieser Erde sind durch große innere Heterogenität herausgefordert. Über die Analyse von Spaltungs- und Desintegrationspotentialen hinaus stellt der vorliegende Band explizit die Frage nach integrierenden Faktoren und gelungenen Beispielen. Welche Rolle spielen hierbei politische Institutionen und Prozesse? In einer Zusammenschau von Fallstudien zu europäischen und außereuropäischen Gesellschaften bietet dieser Band Material, Analysen und Hinweise zur Frage „Was hält Gesellschaften zusammen?“.



Rezensionen Neuerscheinungen Publikationen



Heinrich Oberreuter, Wilhelm Krull,
Hans Joachim Meyer, Konrad Ehlich (Hrsg.)
Deutsch in der Wissenschaft
Ein politischer und wissenschaftlicher Diskurs
Olzog Verlag, München 2012, 280 S.
ISBN 978-3-7892-8216-4

Hat Deutsch als Wissenschaftssprache eine Zukunft? Welche Konsequenzen hat die Rolle des Englischen als einer Lingua franca? Wie ist die kommunikative Realität in den verschiedenen Wissenschaften, und welches Interesse hat die Gesellschaft an der Sprachwahl? Gibt es dabei eine individuelle Verantwortung und Entscheidungsmöglichkeit? Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft formulieren dazu Analysen, Positionen, Argumente und Erfahrungen. Vertreten sind unterschiedliche politische Richtungen und das weite Fächerspektrum der Wissenschaften sowie kritische Kommentare aus dem Ausland. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag zur aktuellen Debatte über die Situation der deutschen Sprache.



Michael Spieker (Hrsg.)
Der Sozialstaat
Fundamente und Reformdiskurse
(Tutzingen Studien zur Politik)
Nomos, Baden-Baden 2013, 305 S.
ISBN 978-3-8329-7215-8

Der Sozialstaat ist Ausdruck der sozialen Bedingtheit jeder freien Entfaltung des Individuums. Er garantiert die Wirklichkeit der Freiheit. Trotzdem scheint es ihm an einer Begründung zu fehlen. Im Zuge von „Reformen“ werden seine Prinzipien leichtfertig durch unreflektierte Vorstellungen ersetzt. Der Band beleuchtet aus philosophischer, soziologischer, ökonomischer, juristischer und politikwissenschaftlicher Perspektive Fundamente und Herausforderungen des Sozialstaates.

Die „Web-Revolution“ aus der Akademie-Warte

Thomas Mrazek in:
BJV report, Ausgabe 5/2012

Herausgeber Michael Schröder kann die durch das Internet bewirkten Veränderungen von Politik und Medien von sicherem und mehr oder weniger neutralem Grund aus beobachten: Er arbeitet als Dozent für Medien und Kommunikationspolitik und Referent für Öffentlichkeitsarbeit an der Akademie für Politische Bildung (APB) in Tuttlingen. Dass diese Akademie kein weltferner Elfenbeinturm ist, haben Schröder und seine Kollegen bei vielen Tagungen schon bewiesen. Zum Teil basiert die Autorenauswahl denn auch auf Referenten, die auf fruchtbare Weise zum Gedankenaustausch zum Thema „Web-Revolution“ in der APB beigetragen haben. Auch wenn der Titel dieses Werkes alarmistisch wirkt, untersuchen und beschreiben

Michael Schröder (Hrsg.)

Die Web-Revolution

Das Internet verändert Politik und Medien

OLZOG, München 2012, 224 S.

ISBN 978-3-7892-8215-7

26,90 Euro

die Autoren die radikalen Veränderungen in Politik und Journalismus angenehm unaufgeregt. Manchmal freilich auch etwas zu trocken. Hier hätten auch Beiträge von – womöglich umstrittenen – Netzakteuren oder dokumentierte Streitgespräche mit jenen gut getan. Dennoch bildet dieser Band das Thema vielschichtig und für den Leser gewinnbringend ab. Vom Aufsatz des *Süddeutsche.de*-Chefredakteurs Stefan Plöchinger über ein „Multimedium ohne Tempolimit“ bis hin

zur „Web 2.0-Revolution und (den) arabische(n) Revolutionären oder der Wählerstruktur der Piratenpartei unter dem Titel „Digitale Wutbürger oder Grüne 2.0?“ – Schröder bewies sehr viel Geschick bei der Themenauswahl. ■

In: <http://www.deutscher-buchmarkt.de>

... Vor diesem fürwahr turbulenten Hintergrund will das Buch „die Web-Revolution“ gelesen und verstanden werden. Hervorzuheben unter anderen fundierten Beiträgen, die Michael Schröder als Herausgeber des Werkes zu Wort kommen lässt, ist Neubergers Abhandlung zum Thema *Bürgerjournalismus im Internet – was er kann, was er will*. Der Tenor bestätigt die Vermutung, dass der Wille des Einzelnen zur ungefilterten Meinungsäußerung vor dem Willen zur Selbstdarstellung rangiert. Tabus sind tabu, so könnte man es auf einen Nenner bringen: „Die öffentliche Kommunikation könnte sich damit von einer sozial selektiven, linearen, einseitigen und zentralen zu einer partizipativen, netzartigen, interaktiven und dezentralen Kommunikation wandeln.“ Dies hat Vorteile für die sich zu einer Einheit in Denken und Handeln zusammenschließenden Community, sie hat Nachteile für politische Opportunisten, deren Erlösungsformeln, wie beispielsweise die der „sozialen Gerechtigkeit“, an der Lebenswirklichkeit scheitern und ad absurdum geführt werden. Das ist eine einfach als fantastisch zu bezeichnende Möglichkeit des kritisch nachhakenden Einzelnen, Mehrheiten um sich zu scharen und Wirkungen zu erzielen. Nicht Remedium machen um der Remendum willen, sondern um solche Synergien zu schaffen, die Opportunisten verungmöglichen (ein Terminus aus der Web-Sprachkultur). Wenn Stefanie Haas und Richard Hilmer dies in ihrem Beitrag zum Anlass für ihre Reflexionen über „Wutbürger“ und die neugegründete Piratenpartei nehmen, so erweist sich das nur als folgerichtig: kontra Zensur und Pro für das uneingeschränkte Recht zur Publikation jedweden Inhalts.

Dass Politik hierin Gefahren für ihren Machterhalt wittert und Hebel ersieht, die über pseudofürsorgliche und -moralische Inhalte solche Zensur implementieren wollen, liegt also auf der Hand. Die Autoren analysieren Organisation, Programmatik und Wählerschaft der Piratenpartei und gelangen zu dem (wenig erstaunlichen Schluss) dass die jüngeren, gebildeten Wähler in ihnen ihre eigene politische Stimme ausmachen. Nun gut, die Programmatik wird weisen, welche Zukunft sie haben wird. Das Fazit indes kann jetzt schon gezogen werden: alles, was tradierte Denkstrukturen zu ändern bestrebt ist, hat eine Chance, das Netz als Podium schweigender (Wut-)Bürger zu etablieren und der Macht der Vernunft – nehmen wir an, sie bräche sich uneigennützig Bahn – zum Durchmarsch durch die Instanzen zu verhelfen.

Die Grünen traten einst coram publico mit diesem Anspruch an und änderten ihn später allgemeinwohlfremd in Eigennützigkeit ab. Ob neue Impulse der Piratenpartei zu altgewohnten Seilschaften führen werden, mögen die Zeitschritte erweisen, sie ändern jedoch nichts an der Feststellung, dass die Internet-Revolution gerademal kaum ein Jahrzehnt alt ist und anhält und anhält und anhält...

Ein Buch also, dessen Gewicht auf den Hinweisen aufs Gegenwärtige liegt; die Mythenbildung um ein ungetrübtes und moralisch integres Medium versagen sich die Autoren klugerweise. Jeder von ihnen trug auf seine spezifische Art dazu bei, das Buch lebenswert und lehrreich zu gestalten. Das ist, was der Leser erwartet, hier wird er fundiert in Kenntnis gesetzt. ■

Jahresbibliografien 2012

Prof. Dr. Ursula Münch

Aufsätze:

(zusammen mit Jasmin Röllgen) Bundesdeutsche Besonderheiten der Einhegung militärischer Sicherheitspolitik. In: Bohrmann, Thomas (Hrsg.): Handbuch militärische Berufsethik (Band 1). Wiesbaden (VS) 2012, S. 195-214

Familienpolitik zwischen Sozialstaatlichkeit und Ökonomisierung. In: Michael Spieker (Hrsg.): Der Sozialstaat. Fundamente und Reformdiskurse. Band 4 Tutzinger Studien zur Politik. Baden-Baden (Nomos) 2012, S. 229-250

(zusammen mit Mathias Bug und Jasmin Röllgen) Föderalismus als Problem – Föderalismus als Lösungsansatz. Eine erste Aufarbeitung im Kontext des Skandals um die rechtsextremen Gewalttaten von Mitgliedern des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). In: Jahrbuch des Föderalismus 2012. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa. Hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen. Baden-Baden (Nomos) 2012, S.138-152

(zusammen mit Mathias Bug) Politik verändert Internet (und Medien) – Innere Sicherheit, Vorratsdatenspeicherung und die Wahrnehmung durch die Bevölkerung. In: Michael Schröder (Hrsg.): Die Web-Revolution. Das Internet verändert Politik und Medien. München (Olzog) 2012, S. 147-174

Politikwissenschaftliche Dimensionen von Entwicklung und Stand des bundesdeutschen Föderalismus. In: Ines Härtel (Hrsg.): Handbuch Föderalismus. Band I: Grundlagen des Föderalismus und der deutsche Bundesstaat. Heidelberg u.a. (Springer) 2012, S. 179-195

Steffen H. Elsner

Lexikonartikel:

Akademie für Politische Bildung, in: Historisches Lexikon Bayerns
URL:<http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_45876> (6.8.2012)

Dr. Ondrej Kalina

Aufsätze in Sammelwerken:

Europa in Prokrustes' Bett? Die Europäische Union als Konkordanzsystem im Demokratiedilemma, in: Köppl, Stefan/Kranenpohl, Uwe (Hrsg.): Konkordanzdemokratie – ein Demokratietyp der Vergangenheit?, Baden-Baden (Nomos) 2012 [= Tutzinger Studien zur Politik, Bd. 2], S. 189-215

„No Brusselisation Without Representation!“ Die wachsende Bedeutung der Euro-Parteien, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteienfamilien. Identitätsbestimmend oder nur noch Etikett?, Leverkusen/Farmington Hills (Barbara Budrich) 2012, S. 286-305 (zusammen mit Uwe Kranenpohl)

Dr. Gero Kellermann

Aufsatz:

Bundesverfassungsgericht und Eurokrise, in: Josef Braml / Stefan Mair / Eberhard Sandschneider (Hrsg.): Außenpolitik in der Wirtschafts- und Finanzkrise, Jahrbuch Internationale Politik, Band 29 (Jahrbücher des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik). München 2012 (mit Uwe Kranenpohl), S. 405-410

APB-Kurzanalyse:

Rettungsschirme für den Bundestag? – Zwei Urteile des Bundesverfassungsgerichts über die parlamentarische Demokratie des Grundgesetzes und europäische Krisenbewältigung, Akademie Kurzanalyse 1/2012, Tutzing, April 2012 (http://web.apb-tutzing.de/apb/cms/fileadmin/Publikationen/Akademie-Kurzanalysen/Akademie-Kurzanalyse_1_2012_01.pdf), 8 S.

Dr. Michael Mayer

Akteneditionen:

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945, Bd. 5: West- und Nordeuropa 1940 bis Juni 1942. Hrsg. von Ulrich Herbert. Bearbeitet von Katja Happe, Michael Mayer und Maja Peers. München (Oldenbourg) 2012, 879 S.

Aufsätze in Sammelbänden:

Politik der Vertreibung. Ausländische Juden im Deutschen Reich 1933 bis 1938. In: Berlin – Transit. Jüdische Migranten aus Osteuropa in den 1920er Jahren. Hrsg. von Verena Dohrn, Gertrud Pickhan und Anne-Christin Saß. Göttingen (Wallstein) 2012, S. 119-123

Radiointerview:

„Vergangenheitsbewältigung auf Französisch“. Zu den Internierungslagern in Frankreich im Zweiten Weltkrieg. Sendung Morgenecho auf WDR5 vom 10.09.2012

<http://www.wdr5.de/sendungen/morgenecho/s/d/10.09.2012-06.05/b/vergangenheitsbewaeltigung-auf-franzoesisch.html>

Zeitungsaufsätze:

Schleichende Ausgrenzung. Antijüdische Boykotte in Deutschland 1924 bis 1935, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.1.2012, S. 8

Tabakbau im Gotengau. Reemtsma und die Zwangsarbeite auf der Krim während der deutschen Besatzung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.2.2012, S. 8

Mit bürokratischer Genauigkeit. Finanzielle Entschädigung für Verfolgte des Nationalsozialismus im Raum Münster, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.11.2012, S. 8

Dr. Anja Opitz

Monografie:

Politische Vision oder praktische Option? Herausforderungen eines zivil-militärischen Krisenmanagementansatzes im Rahmen der GSPV, Baden-Baden (Nomos) 2012, 292 S.

Beitrag in Sammelbänden:

(mit Doris Dialer) The European Citizen Initiative – democratic elements of participation, in: Wolfgang G. Weber, Michael Thoma, Annette Ostendorf, Lynne Chrisholm (Hrsg.): Democratic Competences and Social Practices in Organizations, Wiesbaden (VS Verlag für Sozialwissenschaften) 2012, S. 34-46

Beiträge in Lexika:

Direktion Krisenbewältigung und Planung (CMPD), in: Jan Bergmann M. (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2012, S. 221

EU Lagezentrum (SITCEN) in: Jan Bergmann M. (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2012, S. 589

EU-NATO Dauervereinbarungen, in: Jan Bergmann M. (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2012, S. 674-675

Polizeimission, in: Jan Bergmann M. (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2012, S. 746

EU Sonderbeauftragter, in: Jan Bergmann M. (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2012, S. 819

Ständig Strukturierte Zusammenarbeit, in: Jan Bergmann M. (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2012, S. 860

Strategieplanungs- und Frühwarneinheit, in: Jan Bergmann M. (Hrsg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden (Nomos) 2012, S. 861

Als Herausgeberin:
IFIER papers, University of Innsbruck, Februar 2012
Interviews:
Das Flugzeug in der Luft reparieren? Schwierig, in: wissenswert – Magazin der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Innsbruck, Mai 2012, S.10-11
„ISAR Mun 2012 – Das Model United Nations an der Akademie für Politische Bildung Tutzing“. Sendung M94.5 vom 14.12.2012, 15-18 Uhr

Dr. Thomas Schöderle

Monografie:

Geschichte der Utopie. Eine Einführung (UTB), Köln/Weimar/Wien (Böhlau) 2012, 202 S.

Beitrag in Sammelbänden:

„Mehr als die Hälfte meiner Seele“. Morus, Erasmus und das Interpretationspotenzial einer Freundschaft, in: Bernhard Schreyer / Ralf Walkenhaus (Hrsg.): Ideen – Macht – Utopie. Festschrift für Ulrich Weiß zum 65. Geburtstag, Würzburg (Ergon) 2012, S. 421-450

Rezension:

zu: Sascha Dickel: Enhancement-Utopien. Soziologische Analysen zur Konstruktion des neuen Menschen, Baden-Baden (Nomos) 2011. Rezension vom 16.03.2012, in: socialnet Rezensionen [www.socialnet.de/rezensionen/12826.php]

Dr. Michael Schröder

Als Herausgeber:

Die Web-Revolution. Das Internet verändert Politik und Medien, München (Olzog) 2012, 224 S.

Aufsatz:

Die Digitalisierung der Politik – die Politisierung des Digitalen, in: Die Web-Revolution (hrsg. von Michael Schröder), München (Olzog) 2012, S. 11-35

Dr. Michael Spieker

Monographie:

Konkrete Menschenwürde. Über Idee, Schutz und Bildung menschlicher Würde, Schwalbach (Wochenschau) 2012

Als Herausgeber:

Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich“ (gem. mit G. Botsch, O. Glöckner und C. Kopke), Berlin (de Gruyter) 2012

Der Sozialstaat – Grundlegungen und zentrale Herausforderungen“, Baden-Baden (Nomos) 2012

Aufsätze und Beiträge in Sammelbänden:

Die „Realisation des ganzen Menschen“. Fichtes Familienrecht, Artikel 6 GG und der Abschied von der Natur“, in: Thomas S. Hoffmann (Hg.): Zur Aktualität der Fichteschen Rechtsphilosophie, Studienbrief der FernUniversität Hagen 2012, S. 167-182

Wohlbegründete Wohlfahrt. Zur Philosophie des Sozialstaats“, in: Michael Spieker (Hrsg.): Der Sozialstaat – Grundlegungen und zentrale Herausforderungen, Baden-Baden: (Nomos) 2012, S. 17-38

MÜNCHNER KIRCHENZEITUNG vom 28. Oktober 2012:

Alle Kraft für ein Miteinander – Diskussion zu Integration

... Es habe in letzter Zeit nicht an Beispielen für ausländerfeindliches Klima gefehlt, auch wenn die Grundstimmung bislang integrationsfreundlich sei, sagte Norma Mattarei, die Leiterin der Akademie der Nationen. „Es wäre naiv zu denken, dass wir in einer demokratischen Gesellschaft leben, die gegen extremistische Machenschaften immun ist.“ Die Euro- und Schuldenkrise und der Umgang damit verschärften Resentiments und führten zur Entstehung von Feindbildern und neuen gesellschaftlichen Spaltungen, so Mattarei. Die Verunsicherung bis in die Mittelschichten hinein fördere weltweit autoritäre Tendenzen und den Ausschluss der jeweils anderen.

Die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, die heute Deutschland in der UN-Kommission für internationale Migration vertritt, sprach sich für neue Anstrengungen bei der Integration aus. Die politische Gestaltung von Einwanderung in Deutschland sei lange Zeit versäumt worden. Die entscheidende Hilfe für Migranten sei nicht von der Politik, sondern von zivilgesell-

schaftlichen Gruppen ausgegangen. Heute sei es eine Tatsache, dass „wir bunter geworden sind“, so Süssmuth. „Es tut unserer Gesellschaft gut, miteinander und voneinander zu lernen.“ Es gehe darum, die vielen Talente jünger Migranten zu nutzen. „Wir sind bei der Integration am Anfang. Um als Deutsche und Europäer weiterzukommen, müssen wir alle Kraft für ein Miteinander der Kulturen aufwenden.“

Ulrich Wagner, Professor für Sozialpsychologie an der Universität Marburg, erläuterte neueste wissenschaftliche Studien. So sei Ausländerfeindlichkeit vor allem gegenüber Menschen aus muslimischen Ländern und dem Nahen Osten auszumachen. Es zeige sich auch, dass die Ausländerfeindlichkeit dort am niedrigsten sei, wo es den höchsten Migrantenanteil in der Bevölkerung gebe. Die Erfahrung der Ausgrenzung führe bei Migranten oft dazu, dass sie sich selbst abschotteten und sich nicht um Integration bemühten.

Der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland,

Kenan Kolat, plädierte dafür, den Begriff „Ausländerfeindlichkeit“ durch Rassismus zu ersetzen. Viele Probleme der Integration seien „Unterschichten-Probleme“. Er frage sich deshalb nicht, wie könne man den Türken in Deutschland helfen, sondern wie schafften es alle gesellschaftlichen Kräfte gemeinsam, Deutschland vorwärts zu bringen, den Euro zu stabilisieren und den Wissenschaftsstandort Deutschland zu erhalten.

Der CSU-Stadtrat und Vorstandsmitglied der Israelitischen Kultusgemeinde, Marian Offman, bezeichnete die Bildungsnachteile von Migrantenkindern als die große Herausforderung der Stadt. 70 Prozent der unter 5-Jährigen in München habe ausländische Wurzeln. Mit der „Münchner Förderformel“ zum Beispiel gebe die Stadt 50 Millionen Euro für zusätzliche Fördermaßnahmen im Krippen- und Kindertagesstättenbereich aus, um Kindern gleiche Startchancen in der Schule zu ermöglichen.

(siehe Report 4/12, Seite 23))

Frank Wild im REUTLINGER GENERALANZEIGER vom 1. Dezember 2012:

Klare Kante gegen Gewalt

Fußball fasziniert. Keine andere Sportart steht mehr im Mittelpunkt unserer Gesellschaft. Die Leistungen deutscher Klubs auf europäischer Bühne schlagen gerade mächtig Wellen. Aber manchmal schlagen die Anhänger der Vereine auch zurück. Mit Fäusten. Und nicht nur das. Pyrotechnik, aufs Feld stürmende Fans, Übergriffe auf Mannschaftsbusse oder erzürnte Mütter, die Jugendtrainer bedrohen – leider gehört

Gewalt zur „schönsten Nebensache der Welt“ wie das Spielgerät, der Ball... Gewalt muss rigoros geächtet werden. Die Gesetzgebung hat die Grenzen eindeutig geregelt. „Bei Unbeteiligten darf nicht der Eindruck geweckt werden, dass sich darüber diskutieren lässt“, erklärte Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), zuletzt bei einer Tagung in Tutzing. Die Zahl der Strafver-

fahren schnellte in der Saison 2011/12 um 40 Prozent auf 8143 Delikte nach oben. Wendt hatte schon im Mai das Abschaffen von Stehplätzen im Stadion gefordert. Er unterstützt die Haltung der Deutschen Fußball Liga (DFL) und des Deutschen Fußball Bundes (DFB) klare Kante gegen Gewalt zu zeigen: „Mit einer konsequenten Linie sind wir auf dem richtigen Weg.“

(siehe Bericht Seite 3)

Gerhard Summer in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 10. Dezember 2012:

Wundermittel gibt es nicht

Bei einem Hearing diskutieren drei Wissenschaftler über die sogenannte Gute Wissenschaft

... Gute Wissenschaft? Was ein wenig verblasen klingen mag, ist ein spannendes fächerübergreifendes Experiment, finanziert mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Die Akademie ermöglicht nämlich fortgeschrittenen Studenten aus Fakultäten, die sonst wenig Berührungspunkte haben, den Blick über den eigenen Tellerrand. „Offener Austausch“ heißt das Ziel. 23 junge Leute sind für die drei Diskurse ausgewählt worden, wie Michael Schröder, einer der Projektleiter, erklärt. Darunter finden sich angehende Wissenschaftsjournalisten, Sozialwissenschaftler, Bioethiker und Teilnehmer aus dem Bereich Life-Sciences. Sie erhielten kleine Stipendien und konnten sich aussuchen, mit welchen Experten sie über wichtige gesellschaftliche Fragen sprechen wollen. Am Ende sollen sie einen Katalog mit Empfehlungen vorlegen, was gute Wissenschaft sein könnte und was sie leisten muss...

Beim zweiten Tutzinger Diskurs waren denn auch nicht nur die Versprechungen der Pharmaindustrie Thema. Die Debatte galt auch der aus den Fugen geratenen Wissenschaft mit ihrer Flut an Veröffentlichungen und der Tendenz, sich Replikations-Versuche zu sparen, weil sie die eigene Karriere nicht voranbringen. Und sie drehte sich um Ethik im Journalismus und gesellschaftliche Werte.

Drei Fachleute stellten sich den Fragen der Studenten: Professor Boris Quednow, Neuropharmakologe an der Psychiatrischen Uniklinik Zürich, Arnold Sauter, Biologe und stellver-

treter Leiter des Büros für Technikfolgeabschätzung beim Deutschen Bundestag, und Ulrich Schnabel, Physiker und Wissenschaftsredakteur der Zeit.

Die Annahme, dass der Mensch durch Amphetamine, Wachmacher wie Modafinil, das ADHS-Medikament Ritalin oder andere Substanzen beispielsweise schneller Fremdsprachen lernen könne, sei „reine Fantastik“, die Diskussion über Neuro-Enhancement eine „Phantomdebatte“, sagten sie.

Quednow hält es ohnehin für unwahrscheinlich, dass jemals eine Wunderdroge für Gesunde zur Verfügung stehen wird, „weil das dem Mechanismus des Gehirns zuwiderläuft“. Er beschäftigte sich nun seit zwölf Jahren mit der Wirkung legaler und illegaler Wirkstoffe – und sei von Jahr zu Jahr vorsichtiger geworden. Beispielsweise sei völlig unklar, „was passiert, wenn ich drei Jahre lang Ritalin als Gesunder nehme“. Seine Ansicht: Das Bedürfnis nach Selbstverbesserung berühre natürlich einen alten menschlichen Traum, aber „wir brauchen gar keine größere Leistung, wofür?“ So gesehen sei die Sehnsucht nach Neuro-Enhancement ein Ausdruck der Leistungsgesellschaft und der sich langsam wieder legende Wirbel um Wundermittel, die letztlich nur die Arbeitgeber reicher machen, eine spätkapitalistische Debatte.

Schnabel machte auf einen weiteren Aspekt aufmerksam: Der Glaube, der Mensch könne das Gehirn wie einen Computer optimieren, praktisch auf Knopfdruck, sei sehr naiv. Tatsächlich sei das Gehirn ein sehr plastisches,

leicht beeinflussbares, sensitives und soziales Organ, nicht umsonst heiße es: „You never think with the same brain twice.“

Derzeit widme sich die Diskussion über Neuro-Enhancement den falschen Fragen: Tatsächlich müsste man eher darüber reden, „ob jemand in die Lage kommen sollte, zwei Tage durchzuarbeiten“, sagte Schnabel. Denn sogar unter den Bedingungen der Leistungsgesellschaft sei es oft besser, um 17 Uhr heimzugehen, als bis 23 Uhr im Büro zu hocken, sich den Kopf zu zermartern und dann schlecht zu schlafen. Auch wenn es einen gewissen Konsens gebe, dass Arbeiter nicht grenzenlos ausgebeutet werden können – nach wie vor seien materielle Werte wichtiger als ideelle, was sich an den Gehältern von Kindergärtnerinnen, respektive Finanzmanagern ablesen lasse. Und wer erkenne, dass es sehr wohl auch einen „Zeit-Wohlstand“ gibt und kürzertrete im Büro, gelte oft nicht mehr als Leistungsträger.

Was die Debatte über mentales Doping anging, kam Sauter zu einem ähnlichen Urteil wie Schnabel und Quednow: Das Ganze sei „zum guten Teil eine Erfindung der Bioethik“, sagte er. Er fand, die gewünschte Wirkung lasse sich, wenn überhaupt, eher noch über „neurotechnische Manipulation“ erreichen. „Ob sich daraus eine Alltagsanwendung entwickeln kann, bezweifle ich aber“, so Sauter. Quednows Antwort fiel klar aus: „Ich würde mir nie ins Hirn bohren lassen, wenn es nicht sein muss“.

Hinnerk Feldwisch-Drentrup in der BADISCHEN ZEITUNG vom 17. November 2012:

Biochemie: Der Mensch als Schöpfer?

Biochemiker basteln im Labor ihre eigenen Lebewesen. Ihre Methoden und Forschungen sollen die großen Probleme der Gegenwart lösen. Muss sie die Welt deshalb fürchten?

... Im Jahr 2012 versetzten Wissenschaftler aus Rotterdam und den USA die Welt in Angst und Schrecken, als sie den potenziellen Erreger einer gefährlichen Grippepandemie bastelten – als natürliches Vogelgrippevirus hochgefährlich, als künstliches Laborprodukt gleichzeitig hochansteckend. Anfangs setzte sich der nationale Wissenschaftsrat für Biosicherheit der USA erfolgreich dafür ein, dass die brisanten Details unter Verschluss blieben. Die gefährlichen Baupläne, so die Sorge, könnten in die Hand von Terroristen gelangen. Zwischenzeitlich wurden sie doch noch der Allgemeinheit zugänglich gemacht – da Wissenschaftler in aller Welt so die Krankheitsmechanismen erforschen könnten, lautete die Begründung.

... Die Mikrobiologin Kirsten Jung schätzte hingegen auf der Tutzinger Tagung die Folgen von synthetischer Biologie für die Umwelt als „weitgehend unproblematisch“ ein. Sowohl die Natur als auch der Mensch würden seit Urzeiten durch Kreuzung ver-

schiedener Sorten Eigenschaften von Arten ändern. Manchen Anwesenden plagte noch eine weitere Sorge: Durch sinkende Kosten kann synthetische Biologie zunehmend in kleinen, ungesicherten Laboren betrieben werden, so die Befürchtung. So richteten sich inzwischen auch interessierte Privatleute als „Biohacker“ eigene Genlabore ein. Biologiestudent Rüdiger Trojok sieht dies allerdings positiv: „Je mehr Menschen die moderne Biotechnologie verstehen und sich ihre eigene Meinung bilden, desto ausgewogener wird die Diskussion.“

... Selbst die Industrie könnte sich auf solche Regeln einlassen, verriet Wolf-Michael Catenhusen, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Ethikrats in Freiburg. Aufgrund der verhärteten Fronten in der Gentechnikdiskussion sei man in Deutschland sogar in den Führungsetagen der Unternehmen derzeit bereit, Kompromisse einzugehen. „Im Gegensatz zur Gen- oder Nanotechnik gibt es im Bereich

der synthetischen Biologie erstmals die Chance, schon früh die Möglichkeiten einer neuen Technologie kritisch zu hinterfragen.“ Wenn die EU sich zusammen mit den USA auf eine gemeinsame Richtlinie verständige, könnte sie Weltstandards setzen.

... Während die Gentechnik nur einzelne Gene verändert, plant die synthetische Biologie, aus vorgefertigten, standardisierten Bausteinen neue Lebewesen aufzubauen. Vorstellbar sind dabei momentan zwei Wege. Möglichkeit Nummer eins: Vorbilder aus der Natur werden kopiert und in andere Organismen übertragen. So können zum Beispiel in Algen oder Bakterien genetische Module hineingebastelt werden, durch die diese in die Lage versetzt werden, Öleppiche abzubauen oder Schwermetalle zu binden. Möglichkeit Nummer zwei: Genetische Module für neuartige Eigenschaften, für die es in der Natur noch keine direkten Vorlagen gibt (zum Beispiel der natürliche Abbau von Kunststoffen), werden selbst konstruiert.

LSVB-Nachrichten 2/2012, S. 7-8:

Fachtagung der LSVB in der Akademie für Politische Bildung Tutzting

... Die aktuell erschienene General-Altersstudie zeigt, dass es den Senioren heute gesundheitlich und materiell so gut geht wie nie zuvor – und wahrscheinlich wie niemals wieder. Die demografische Entwicklung verlangt, dass wir uns intensiver mit dem Thema des Älterwerdens auseinandersetzen, um staatliche und individuelle Strukturen zu etablieren, die ein aktives und würdevolles Altern erlauben. Dabei müssen auch die Chancen und Potentiale einer alternden Gesellschaft ausgeschöpft werden, denn alte Menschen sind nicht nur zu versorgen, sondern

auch sorgend – wie die Altersstudie zeigt, will sich jeder Fünfte noch ehrenamtlich engagieren.

Maria Weigand, die Referatsleiterin für Seniorenpolitik im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen fordert: „Seniorenpolitik muss mit älteren Menschen zusammen gemacht werden.“ Die beiden Hauptziele dabei sind eine gerechte Verteilung der Lebensqualität und der Zusammenhalt zwischen den Generationen. Allerdings fordert sie auf, zu differenzieren: „Die Vielfalt der älteren Menschen und deren An-

sprüche darf nicht unterschätzt werden. Es gibt nicht das Alter per se.“ Die innerhalb des letzten Jahrhunderts beträchtlich gestiegene Lebenserwartung bezeichnet sie als Geschenk – ohne damit einhergehende Probleme wie Altersarmut und schwindende familiäre Strukturen von der Hand zu weisen. Der Linie des Sozialministeriums folgend fordert sie: „Rente muss ein Spiegel der gesamten Lebensleistung sein: Arbeit, Kinderbetreuung und Pflegeleistung eingeschlossen – davon ist unser Haus überzeugt.“...

(siehe Bericht Seite 14)

Markus Peherstorfer im STRAUBINGER TAGBLATT vom 8. Oktober 2012:

„Es gibt kein Grundrecht auf innere Sicherheit“

Tagung in Tutzing zeigt Widerspruch zwischen Kriminalitätsbekämpfung und Datenschutz

... Der Traunsteiner Oberstaatsanwalt Robert Schnabl ist Experte für Internetkriminalität. Er weiß ein Lied zu singen von den Schwierigkeiten, zu ermitteln. „Was prüft der gute deutsche Beamte als Erstes?“, fragte er in die Runde. „Ganz einfach: Bin ich überhaupt zuständig?“

Allein im geschilderten Fall gibt es eine Vielzahl von Geschädigten quer durch das Bundesgebiet, aber keinen konkreten Tatort. Zieht eine Staatsanwaltschaft das Verfahren an sich, sammeln sich schnell weitere Fälle an und überlasten die ohnehin an Personal knappheit leidende Justiz. „Das sind die Probleme, mit denen wir in der Praxis zu kämpfen haben“, sagte Schnabl. Und die Abzocke funktioniert noch viel dreister: etwa, wenn Kriminelle Versandhandels-Websites wie „goldshop-24.com“ erfinden, die mit unschlagbar günstigen Preisen um Kunden werben. Immer wieder fallen Internetnutzer darauf herein, bezahlen per Vorkasse – und bekommen ihre Ware nie geliefert.

In einem konkreten Fall legte eine Bande Hunderte solcher Websites an und entlockte etwa 100 000 Geschädigten in Deutschland, Österreich und der Schweiz einen Gesamtbetrag von mindestens 40 Millionen Euro, schilderte Schnabl. In diesem Fall konnten 14 Haupttäter identifiziert und zu Haftstrafen bis zu sieben Jahren verurteilt werden. Doch in vielen anderen Fällen stehen die Ermittler mit leeren Händen da: Daten von Internetprovidern, die Aufschluss darüber liefern könnten, über welche Rechner die Kommunikation

lief und wer daran beteiligt war, sind einfach nicht mehr vorhanden. „Das spielt den Straftätern unglaublich in die Hände“, beklagte Schnabl.

Schnabl spricht damit ein politisch heikles Thema an: die Vorratsdatenspeicherung. Mit dieser EU-Richtlinie sollen Telekommunikationsdienstleister dazu verpflichtet werden, die Verbindungsdaten ihrer Kunden über einen längeren Zeitraum zu speichern. Polizei und Staatsanwaltschaft könnten dann im Verdachtsfall auf diese Daten zugreifen.

Das Bundesverfassungsgericht hat 2010 das deutsche Umsetzungsgesetz zur Vorratsdatenspeicherung für nichtig erklärt – seitdem liegt die Vorratsdatenspeicherung in der Bundesrepublik auf Eis, weil sich Union und FDP nicht auf eine Neufassung des Gesetzes einigen können.

Wo in diesem Streit in Bayern die politischen Gräben verlaufen, wurde in Tutzing bei einer Podiumsdiskussion von Innen- und Rechtspolitikern des Landtags deutlich. Nicht nur der CSU-Mann Florian Herrmann stellte die „klare Forderung nach Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung“ – auch der Vorsitzende des Innenausschusses, Joachim Hanisch von den Freien Wählern, nannte sie einen „unverzichtbaren Bestandteil der Kriminalitätsbekämpfung“.

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses, Franz Schindler von der SPD, stellte sich auf einen anderen Standpunkt: „Es gibt ein Grundrecht auf Freiheit

des Einzelnen. Es gibt aber kein Grundrecht auf innere Sicherheit“, machte er klar. Die Befugnisse der Polizei seien bereits jetzt „beachtlich“. Auch in jenen 14 Monaten, in denen die Vorratsdatenspeicherung in Deutschland in Kraft war, habe sie nichts gebracht: „Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, dass die Vorratsdatenspeicherung nennenswert Einfluss auf die innere Sicherheit hätte.“

Die Grünen-Abgeordnete Susanna Tausendfreund monierte, dass das Bundesverfassungsgericht nicht nur einmal in den vergangenen Jahren Sicherheitsgesetze korrigieren musste. „Man kann nicht immer neue Gesetze schaffen und sich dann nicht mehr dafür interessieren, ob sie auch etwas gebracht haben, wenn sie bürgerliche Freiheitsrechte betreffen“, sagte sie.

Dass die Vorratsdatenspeicherung wohl nur in Einzelfällen tatsächlich etwas bringen kann, räumte auch Herrmann ein. Aber: „Wenn dieser Einzelfall etwa ein Terroranschlag in der Münchner U-Bahn ist, bin ich nicht bereit, das politisch hinzunehmen.“

Wenn es neue technische Möglichkeiten für die Polizei gebe, sollten diese unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit auch eingesetzt werden dürfen, forderte der CSU-Politiker...

(siehe Report 4/12, Seite 12))

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

März

10-1* 4. – 8. März

Geschichte und Sozialkunde an der FOS/BOS

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Mayer / Siegfried Münchenbach

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

10-2* 4. – 8. März

Die Gemeinde als politischer Handlungsraum

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Gero Kellermann / Barbara Keppler

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

10-4 8. – 10. März

Kranke Gesellschaft?

Psychische Folgen von Ökonomisierung und Beschleunigung

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

11-3* 11. – 13. März

Schülerforum Politik: Feindbild Globalisierung?

Leitung: Manfred Schwarzmeier

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-5 11. – 13. März

Schreiben gegen Rechts

Journalisten-Workshop

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

11-4* 12. März

Science Fiction oder Wirklichkeit?

Rechtliche und ethische Herausforderungen von Hightech

In Zusammenarbeit mit dem Asam-Gymnasium München

Leitung: Gero Kellermann

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

11-1* 14. März

Diskurs Gute Wissenschaft: Abschlußveranstaltung

Leitung: Michael Spieker / Michael Schröder / Katharina Zöller

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Internet: www.apb-tutzing.de

www.facebook.com/APBTutzing, www.twitter.com/APBTutzing

www.youtube.com/APBTutzing

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

11-2 15. – 17. März

Großprojekte in der Demokratie –

Die zukünftige Gestaltung von Infrastrukturen

In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau

Leitung: Ursula Münch / Ondrej Kalina / Gero Kellermann

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

12-5 18. März

Überzeugend im Netz – Abgeordnete und Social Media

In Zusammenarbeit mit dem MedienCampus Bayern

Leitung: Ursula Münch / Michael Schröder

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

12-3 20. – 21. März

„Wie die Statistik belegt ...“

Workshop zur Messbarkeit von Kriminalitätsfurcht

und wahrgenommener (Un)Sicherheit

In Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund

Sicherheit im öffentlichen Raum (SIRA)

Leitung: Ursula Münch / Mathias Bug

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

12-2 22. – 24. März

Wirtschaftskrisen: Historische und aktuelle Dimensionen

Leitung: Michael Mayer / Wolfgang Quaisser

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

April

14-3* 2. – 4. April

EuropaPolitik erleben!

Eine Politiksimulation zur Europäischen Union

Leitung: Robert Lohmann

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

14-4 4. – 7. April

Young Leaders Forum – Leading Change Across the Mediterranean

In Cooperation with CAP Centre for Applied Policy Research, Arab Institute for Human Rights and The American University in Cairo; John D. Gerhart Center for Philanthropy Civic Engagement

Leitung: Anja Opitz / Michael Bauer

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

14-2 5 – 7. April

Krisenmanagement?

Die internationale Gemeinschaft und der Nahost-Konflikt

In Kooperation mit der Gesellschaft für die Vereinten Nationen

(DGVN) Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Michael Mayer / Anja Opitz / Martin Pabst

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-5

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

15-1* 8. – 10. April

Politischer Extremismus

Staatsbürgerliche Bildung am Gymnasium

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Gerhard Hammer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

15-2* 8. – 10. April

Politischer Extremismus

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts an Realschulen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Philipp Beyer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

15-3* 8. – 10. April

Politischer Extremismus

Methodik und Didaktik des Sozialkundeunterrichts an Gymnasien

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Wolf Weigand

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

15-4* 10. – 12. April

Grundfragen der staatsbürgerlichen Bildung an Realschulen

Lehrerfortbildung mit der Akademie Dillingen

Leitung: Michael Schröder / Siegfried Münchenbach / Philipp Beyer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

Anmeldung über die Akademie Dillingen

15-5 12. – 14. April

Wahlen in Bund und Freistaat: Themen, Strategien, Perspektiven

Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

15-7 13. April

Über Unterbayern

Bayerisches Musikkabarett mit Hans Well und den Wellbappn

Leitung: Ursula Münch

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

15-6 14. – 19. April

Solving ethno-national conflicts in Europe: An example to the rest of the world?

European capabilities and prospects in solving problems within and beyond the nation state

In Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)

Leitung: Ursula Münch / Ondrej Kalina / Hans-Georg Lambertz / Franz Kiefer

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

16-3* 15. – 17. April

EuropaPolitik erleben!

Eine Politiksimulation zur Europäischen Union

Leitung: Robert Lohmann

Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. 08158/256-44

Außenveranstaltung in Ingolstadt

Themen Tagungen Termine

Für die mit einem * gekennzeichneten Tagungen gibt es bereits einen festen Teilnehmerkreis. Zusätzliche Anmeldungen sind nur in Ausnahmefällen und nach Rücksprache mit dem Tagungsleiter möglich. Wir bitten um Ihr Verständnis!

16-1 19. – 21. April

Flexible Arbeitsmärkte in der E(W)U

In Zusammenarbeit mit dem IAB Nürnberg und dem IOS Regensburg

Leitung: Wolfgang Quaissner / Jürgen Jerger / Ulrich Walwei

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

16-2 20. April

„Computerspiele machen schlau!“ Chancen für die Medienpädagogik

In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft

zur Förderung von Medienkompetenz (EAM) im Deutschen

Evangelischen Frauenbund (DEF), Landesverband Bayern e.V.

Leitung: Michael Schröder / Katharina Geiger / Sabine Jörk

Sekretariat: Renate Heinz Tel. 08158/256-47

Außenveranstaltung in Bayreuth

17-4* 23. – 25. April

Praxis der Politischen Bildung

In Kooperation mit der Offiziersschule der Luftwaffe der Bundeswehr und dem Bayernforum der Friedrich-Ebert-Stiftung, München

Leitung: Anja Opitz / Karl Sedlmaier

Sekretariat: Ina Rauš Tel. 08158/256-53

17-1 23. – 26. April

Going ahead with Euro-Med

Intercultural Training Seminar for Teachers involved in Student Exchanges

In Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen Institut der Landeshauptstadt München

Leitung: Jörg Siegmund / Yolanda Schwager

Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. 08158/256-17

17-3 26. – 28. April

Vernunft, Recht und Staat im Buddhismus

Leitung: Michael Spieker

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

17-5 28. – 30. April

Nachrichten im Journalismus 2.013

Quellen – Authentizität – Glaubwürdigkeit

Leitung: Michael Schröder

Sekretariat: Heike Schenck Tel. 08158/256-46

E-Mail-Adressen der Sekretariate:

Renate Heinz (Sekretariat der Direktorin)	R.Heinz@apb-tutzing.de
Ina Rauš	I.Raus@apb-tutzing.de
Heike Schenck	H.Schenck@apb-tutzing.de
Karin Sittkus	K.Sittkus@apb-tutzing.de
Alexandra Tatum-Nickolay	A.Tatum-Nickolay@apb-tutzing.de
Simone Zschiegner	S.Zschiegner@apb-tutzing.de

Namen und Nachrichten

aus der Akademie

DIREKTORIN

Prof. Dr. Ursula Münch hielt im Rahmen einer Öffentlichen Ringvorlesung an der Universität Bremen einen Vortrag zum Thema „Asylpolitik in Deutschland – Akteure, Interessen, Strategien“. Anlässlich der Vorstellung des „Jahrbuchs des Föderalismus 2012“ in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund sprach sie zum Thema „Föderalismus als Problem oder Lösung? Die Geeignetheit föderaler Strukturen zur Bekämpfung rechtsextremer Gewalt“. Beim Nürnberger Bildungsgespräch referierte sie über „Neue Wege politischer Bildung“ und trug im Rahmen einer Fachtagung über Migration an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften zur Bedeutung von gesellschaftspolitischen Anteilen im Fachstudium vor. Bei den „Reden zwischen Himmel und Erde“ (Evangelische Akademie Tutzing/Kloster Andechs) wirkte sie an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Konflikt der Generationen – Ist Generationengerechtigkeit möglich?“ bei. Sie moderierte eine Fachdiskussion des Europabüros der Bayerischen Kommunen in der Vertretung des Freistaats Bayern in Brüssel und trug vor dem Rotary Club Starnberg zu „Parteien und Wähler im Wahljahr 2013“ vor.

KOLLEGIUM

Dr. Ondrej Kalina sprach und diskutierte anlässlich des Pasaue Jean-Monnet-Kulturabends zum Thema „Ein Kontinent – eine Nation?“.

Dr. Michael Mayer nahm an der Konferenz „Neue Zielgruppen, neue Anforderungen. Die Öffnung der Hochschulen und die Folgen für die Lehre“ der Friedrich-Ebert-Stiftung vom 2. bis 4. November 2012 in Berlin teil. Gemeinsam mit Professor Ulrich Herbert und Franziska Augstein beteiligte er sich am 23. Januar 2013 in den Münchner Kammerspielen an der Podiumsdiskussion „Wir leben auf Abbruch“. Juden im besetzten West- und Nordeuropa 1940 – 1942.

Dr. Anja Opitz nimmt von Seiten der Akademie an einem Young Leaders Forum 2012/2013 zum Thema „Leading Change Across the Mediterranean“ teil. Die Teilnehmer reisten im Dezember 2012 nach Kairo, werden im April 2013 an der Akademie tagen und im September 2013 nach Tunis fliegen. Das Forum setzt sich zum Ziel, den Transformationsprozess der nordafrikanischen Staaten aus wissenschaftlicher und praktischer Perspektive zu begleiten. Sie hielt im Rahmen des CSDP Training Programme for SAP countries, organisiert durch das ESDC Brüssel, einen Vortrag zum Thema „EU-Missions and Operations – third states participation“.

BEIRAT

Adalbert Brunner, Mitglied des Beirats von 1977 bis 1989, ist im Alter von 91 Jahren gestorben. Der gebürtige Münchener arbeitete nach Abitur, Kriegsdienst und Studium als Gymnasiallehrer in den Fächern Deutsch, Geschichte und Geographie. Er war Gründungsmitglied der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und von 1965 bis 1969 deren Bundesvorsitzender. Er engagierte sich stark für den Auf- und Ausbau des Politikunterrichts und der dazugehörigen Lehrerausbildung sowie für die Errichtung der christlichen Gemeinschaftsschule in Bayern. Das SPD-Mitglied Brunner war von 1970 bis 1978 Abgeordneter des Bayerischen Landtags. Die Akademie wird ihm dauerhaft ein ehrendes Andenken bewahren.

Jörg Siegmund bilanzierte in einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft e.V. in Berlin die Wiedergutmachung des politischen Unrechts der DDR. Anlass war der zwanzigste Jahrestag der Verabschiedung des Ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes, das die Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer rechtsstaatwidriger Strafverfolgungsmaßnahmen regelt.

Dr. Michael Spieker hält im Wintersemester ein Seminar über Wissenschaftstheorie an der Universität Freiburg. In Peking hielt er an der Northern China University of Technology einen Vortrag über politische Bildung in Deutschland und in Qufu trug er über die Idee von Mensch und Natur und Folgerungen für die Umweltethik vor (siehe Tagungsbericht). In München moderierte er eine Veranstaltung zur Fortentwicklung der Lehrerbildung angesichts der Forderung nach Inklusion in der Schule.